

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43.

Montag, den 20. Februar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein untaugliches Gesetz.

Als die Reichsregierung im Jahre 1904 dem Reichstage den Gesetzentwurf über Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft vorlegte, geschah das, wie im Deutschen Reich gar nicht mehr anders möglich, mit vielen großen Worten. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding ließ sich in der Sitzung des Reichstages vom 3. Februar 1904 also vernehmen:

„Wer in dieser Absicht (gerecht gegen den Entwurf zu sein) den vorliegenden Entwurf prüft, wird eins, wie ich glaube, zugeben müssen: er wird zugeben müssen, daß durch diesen Entwurf die Rechtslage der Untersuchungsgefangenen in Deutschland in einer Weise verbessert, glücklicher und sicherer gestellt wird, wie in keinem anderen Lande, welches sich einer Gesetzgebung auf diesem Gebiete schon zu erfreuen hat, geschweige denn in denjenigen Staaten, die zu dem Erlaß eines solchen Gesetzes überhaupt noch nicht gelangt sind.“

Wie wenig berechtigt die prahlenden Worte des Staatssekretärs waren, wurde sogleich bei der Beratung im Plenum des Reichstages von unseren Genossen nachgewiesen. Der Regierungsentwurf nahm die Teilung der Freigesprochenen in zwei Klassen vor: die Klasse der wegen nachgewiesener Unschuld Freigesprochenen und die Klasse derer, die wegen mangelnden Beweises nicht verurteilt werden können. Diese Zweiteilung bekämpften unsere Abgeordneten mit Entschiedenheit und vertraten den alten selbstverständlichen Rechtsatz, daß jeder so lange als unschuldig zu gelten habe, bis seine Schuld durch Richterpruch bewiesen ist. In der Kommission waren sie natürlich auch in diesem Sinne tätig und fanden auch die Zustimmung von Mitgliedern bürgerlicher Parteien. In dem Verlangen, daß auch Verhaftete, die schon vor Erhebung der Anklage durch Verfügung der Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzt werden, war die Kommission des Reichstages sogar fast einmütig, aber natürlich nur so lange, bis die Regierung durch Herrn Nieberding erklären ließ, daß sie dem Beschlusse der Kommission unter keinen Umständen beitreten, sondern lieber das ganze Gesetz scheitern lassen werde. Wie immer, wenn die Regierung mit dem Worte „Unannehmbar“ ihre bessere Einsicht und größere Weisheit gegenüber dem Reichstage betont, fielen die bürgerlichen Parteien sowohl in der Kommission wie im Plenum um und akzeptierten die von ihnen selbst als unzulänglich bezeichnete Vorlage. Herr Nieberding hatte der Kommission noch erzählt, daß die Vorlage der Regierung im Auslande Überraschung hervorgerufen, „weil sie so weit, wie gesehen, gegangen sei“. Unsere Abgeordneten konnten sich nicht entschließen, die Halbheit der Regierung und der bürgerlichen Parteien mitzumachen und sprachen sich deshalb bei der Schlussabstimmung gegen das Gesetz aus. Die Erfahrung der seitdem verflochtenen fünf Jahre mit der „Verbesserung der Rechtslage der Untersuchungsgefangenen“ hat die Voraussage unserer Abgeordneten über die Wirkung des Gesetzes vollkommen bestätigt und damit ihre Ablehnung glänzend gerechtfertigt.

Das Gesetz hat sich als ein absolut ungeeignetes Mittel zur Bekämpfung ungerechtfertigter Verhaftungen erwiesen und bringt auch der übergrößen Mehrzahl der unschuldig Verhafteten keinerlei Ertrag für den durch die schuldlos verbüßte Haft erlittenen Schaden. Dadurch, daß die Verhafteten, gegen die nicht Anklage erhoben, sondern das Verfahren schon vorher eingestellt wird, von der Entschädigung ausgeschlossen sind, scheidet eine sehr beträchtliche Anzahl von vornherein aus. Der Eifer der Staatsanwälte, zu verhaften, ist bekanntlich so groß, daß sehr oft Verhaftungen vorgenommen werden, denen keine Anklage folgen kann, weil absolut nichts vorliegt oder zu beweisen ist. Trotzdem dauert die Haft auch in Fällen dieser Art oft mehrere Wochen. Aber auch von den Freigesprochenen, über deren Schicksal das Gericht entschieden hat, erhält nur ein winziger Teil Entschädigung. Die Klausel, daß die Entschädigung nur gewährt wird, wenn sich die Unschuld des Angeklagten ergeben hat oder dargelegt ist, daß ein begründeter Verdacht nicht vorliegt, führt gar zu leicht zur Verjagung der Entschädigung. Mag der Richter noch so stark danach streben, objektiv sein zu wollen, ganz wird er sich der Neigung, dem Staate Kosten zu sparen, nicht entziehen können und er wird bei irgend welchen Zweifeln, die natürlich leicht auftreten, die Entscheidung so fällen, daß dem Freigesprochenen kein Schadenertrag zugestimmt wird. Hierin wird er dadurch noch bestärkt, daß die Entscheidung über den Anspruch des Angeklagten auf Schadenertrag aus der Staatskasse nicht angefochten werden kann. Ist doch die Tatsache sehr bekannt, daß die Gerichte von der Befugnis, der Staatskasse die Kosten der Verteidigung

auszuerlegen, äußerst selten Gebrauch machen. Unter den merkwürdigsten, fadencheinigsten Gründen verweigern die Gerichte, wie Genosse Heine im Reichstage ausführte, den freigesprochenen Angeklagten die Erstattung der Verteidigungskosten. Nach der Freisprechung ist die Sache dem Richter mit einem Male sonnenklar. Derselbe Richter, der vorher nicht nur das Hauptverfahren gegen den Angeklagten eröffnet, sondern diesen auch noch in Untersuchungshaft genommen hat, erklärt ganz kühn, daß der Angeklagte seine Freisprechung hätte voraussehen müssen und deshalb der Hilfe eines Verteidigers nicht bedurft hätte. Die Wahrung des fiskalischen Interesses durch die Gerichte wird ja auch alljährlich durch die Tatsache bewiesen, daß für Angeklagte, denen ein Verteidiger bestellt werden muß, sehr häufig statt eines Rechtsanwalts, der aus der Staatskasse seine Gebühren erhält, ein Referendar bestimmt wird, dem der Staat für die Verteidigung nichts zu zahlen braucht.

Die Voraussage des Genossen Heine bei der Beratung des Gesetzes über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft, daß in Zukunft die Gerichte sich selten entschließen werden, auf glatte Freisprechung zu erkennen, hat sich bestätigt. Seit der Geltung des Gesetzes sind im Durchschnitt der fünf Jahre 1905 bis 1909 jährlich 12 089 Personen unschuldig in Haft genommen, von denen 8417 (rund 70 Prozent) erst durch gerichtlichen Beschluß oder Urteil außer Verfolgung gesetzt oder freigesprochen wurden. Bei 3672 Verhafteten wurde das Verfahren schon durch Verfügung der Staatsanwaltschaft eingestellt. Von den 8417 durch Entscheidung des Gerichts für unschuldig erklärten Verhafteten wurde aber im Durchschnitt der fünf Jahre nur in 608 Fällen die Entschädigungspflicht des Staates anerkannt, was ungefähr 7 Prozent ausmacht. Allen anderen, also fast jährlich 8000 Personen, wurde trotz Freisprechung der Makel aufgedrückt, daß sich ihre Unschuld nicht erwiesen habe oder daß sie wenigstens die Herbeiführung der Untersuchungshaft selbst verschuldet haben. Die wenigen Glücklichen, bei deren Freisprechung das Gericht die Entschädigungspflicht des Staates anerkennt, erhalten aber noch lange nicht alle wirklich Schadenertrag. Sie sind sehr häufig der Meinung, daß der Staat seiner Pflicht ohne weiteres nachkomme und seine Schuld begleichen werde. Der denkt aber gar nicht daran und nach einer Frist von drei Monaten ist der Anspruch auf Entschädigung erloschen. Durch diese Vorschrift, von der schon im Reichstage gesagt wurde, daß sie anscheinend darauf angelegt sei, den Freigesprochenen um den Schadenertrag zu bringen, verlieren faktisch viele ihr Recht. Denn anders als aus der Unkenntnis dieser Fristvorschrift ist es nicht zu erklären, daß von den 608 Berechtigten, die der Jahresdurchschnitt von 1905 bis 1909 aufweist, nur 376 Entschädigungsansprüche stellten. Die anderen gehen also zweifellos an den Knifflichkeiten des Verfahrens ihres Rechtes verlustig.

Die Praxis der Gerichte hat in den letzten Jahren noch zu einer erheblichen Einschränkung in der Anwendung des Entschädigungsgesetzes geführt. Sowohl die Zahl der Freigesprochenen, deren Ansprüche auf Schadenertrag aus der Staatskasse erkannt wurde, wie auch die Zahl der wirklich Entschädigten wird von Jahr zu Jahr geringer. Die Entschädigungspflicht des Staates wurde anerkannt:

1905 für 656 Freigesprochene, es verlangten Entschädigung 395	
1906 „ 751 „ „ „ 456	
1907 „ 617 „ „ „ 348	
1908 „ 532 „ „ „ 305	
1909 „ 482 „ „ „ 229	

Als Entschädigung für unschuldig Verhaftete wurde in den fünf Jahren von 1905 bis 1909 die Summe von 145 328 Mk. gezahlt. In Übereinstimmung damit, daß die Zahl der Entschädigungsberechtigten und Entschädigten zurückgeht, hat auch die Entschädigungssumme seit 1907 ständig abgenommen. Sie betrug 1907 37 727 Mk. und 1909 nur noch 20 108 Mk. Der für den einzelnen Entschädigungsfall gezahlte Betrag ist bis 1908 gestiegen, von 1908 auf 1909 aber von 127 auf 101 Mk. gefallen. Hier scheint also die „Sparsamkeit“, die von der Regierung immer gepredigt, aber nicht geübt wird, wo es notwendig wäre, wirklich betätigt zu werden.

Noch schlimmer sind die Verhafteten daran, gegen die das Verfahren schon durch Verfügung der Staatsanwaltschaft eingestellt wurde. Ihre Zahl betrug im Durchschnitt der fünf Jahre von 1905 bis 1909 jährlich 3672. Einen Rechtsanspruch auf Entschädigung haben sie nicht; nur im Verwaltungswege kann sie ihnen bewilligt werden. Von ihnen forderten nur durchschnittlich 83 Schadenertrag. Auch bei dieser Kategorie ist die Zahl der Entschädigung Berechtigten zurückgegangen und ebenso die Entschädigungssumme, sie betrug 1905 noch 3218 Mk. und 1909 nur noch 1025 Mk.

Das Ergebnis ist also, daß das Gesetz keinen Schuß gegen grundlose Verhaftungen gebracht hat. Die Zahl der unschuldig Verhafteten ist auf gleicher Höhe geblieben.

Hieran wird auch nichts durch die neue Strafprozeßordnung geändert werden. Solange nicht unschuldig Verhafteten auf jeden Fall angemessene Entschädigung gewährt werden muß, wird die leichtfertige Verhängung der Untersuchungshaft nicht aufhören. Daß bei Anordnung der Untersuchungshaft absolut nicht immer mit der Gewissenhaftigkeit vorgegangen wird, die unbedingt gefordert werden muß, bestätigte auf der Tagung der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung im Jahre 1906 der preussische Staatsanwalt Freisenberger-Bochum, der erklärte, daß der Staatsanwalt sich bei Stellung des Antrages auf Verhaftung darauf verlasse, daß der Richter die Notwendigkeit und Berechtigung der Maßnahme schon genau prüfen werde, und daß der Richter sich wiederum darauf verlasse, daß der Staatsanwalt die Berechtigung des Haftantrages schon genau geprüft haben werde. Einer verläßt sich also auf die Gewissenhaftigkeit des anderen, und keiner übt sie gründlich.

So wird die neue Strafprozeßordnung an dem beschämenden Zustand, daß alljährlich 12 000 Bürger unbegründet ihrer persönlichen Freiheit zum Teil auf Wochen und Monate beraubt werden, nichts ändern. Schutzlos wird der Bürger leichtfertigen Eingriffen der Staatsanwaltschaft und Gerichte preisgegeben bleiben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Sonnabend in einer ungewöhnlich langen Sitzung den Rest des Etats des Ministeriums des Innern. Zu irgend welchen Zwischenfällen kam es nicht, da die Mehrheitspartei diesmal die Redner der Opposition zu Wort kommen ließen. Beim Kapitel „Strafanwaltschaftsverwaltung“ untersuchte Genosse Liebknecht die sozialen Ursachen der Kriminalität und gab wertvolle Anregungen für das Gebiet des Strafvollzugs. Es folgte die Beratung des Kapitels „Medizinabteilung“, das zum erstenmal im Etat des Ministeriums des Innern erscheint. Bis jetzt war die Abteilung dem Kultusministerium unterstellt; vom 1. April ab wird sie dem Ministerium des Innern angegliedert. Die Debatte begann mit einem Angriff des Konservativen v. Arnim auf die sozialdemokratische Leitung der Ortskrankenkassen, die angeblich den Ärzten ihren Willen aufzudrängen suchten. Es war unserm Genossen Hirsch ein leichtes, den Angriff durch eine Schilderung der wirklichen Verhältnisse zurückzuweisen. Weiter machte unser Redner zahlreiche Vorschläge zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Säuglingssterblichkeit. Ein Geheimrat gab die Erklärung ab, es beständen keinerlei Befürchtungen, daß die Pest nach Deutschland eingeschleppt werde. — Am Montag wird der Etat der Eisenbahnverwaltung beraten werden.

Die betrogenen königstreuen Fischer.

Viele ostpreussische Fischer haben ständig „königstreu“ gewählt, anfangs konservativ, später liberal. Ihre Lage hat sich aber immer mehr verschlechtert, sodaß ostpreussischen Blättern von der Kurischen Nehrung geschrieben wird, bei der Mehrzahl der Fischer herrsche bitterste Not. Auf lebhafteste Bitten und Klagen seien von der Behörde wohl Versprechungen gemacht, aber nicht gehalten worden. Die Fischereiaufsicht sei zu einer wahren Polizeiaufsicht geworden. In einer Zuschrift aus dem Wahlkreise des nationalliberalen Schwabach heißt es, nicht nur die Härte der Aufsicht, sondern auch die Frage der Weide auf der Nehrung habe die Notlage der Fischer verschärft. Es sei sogar verboten, Schafe zu halten. Das Fleisch fehle dem Fischer ganz und gar. Die Rgl. Regierung gebe unzählige tausend Mark für Kultivierung von Torfbrüchen, baue Häuser darauf, die jahrelang leerstünden. „Da wird alles getan und hier wird alles genommen. Wir sind jetzt so verschuldet, daß uns bald gar nichts mehr gehört, selbst die Königsgelinnung geht den Einwohnern verloren. Heutzutage spricht alles nur von der Sozialdemokratie und zwar mit den Worten: Der Konservative hat uns nichts geholfen, der Liberale hilft auch nichts, und wenn er helfen möchte, ist die Behörde dagegen. Also wählen wir doch das nächste Mal einen Sozialdemokraten.“

Politische Fälschung.

Die „Deutschen Nachrichten“, das Berliner Beamtenblatt, beschäftigen sich in Nr. 42 vom 18. Februar mit den Heizerzulagen. Vollständig zutreffend wird ausgeführt, daß die maßgebenden Stellen der Regierung wohl besorgt sind für die Zulagen an höhere Beamte, um diesen ein glänzendes, mitunter sogar üppiges Leben zu

ermöglichen, daß aber Sparsamkeit eintritt, dort, wo ohnehin schwere körperliche Arbeit nur notdürftig entlohnt wird. Das Blatt berichtet dann weiter: daß in namentlicher Abstimmung der volksparteiliche Antrag auf Wiedereinführung der vollen Heizerzulagen mit einer Mehrheit von 7 Stimmen abgelehnt wurde. Aber die Stimmenverteilung auf die Parteien sagt das Blatt:

Der Antrag der Volkspartei, der in der Abstimmung von dem größeren Teil der Nationalliberalen und wohl auch von einem Teil des Zentrums unterstützt worden ist, wollte den Heizern die ganze Zulage wieder gewähren."

Beschwiegen wird, daß dieser Antrag in der Budgetkommission zuerst von den Sozialdemokraten gestellt wurde, verschwiegen wird auch, daß die gesamte sozialdemokratische Fraktion in der namentlichen Abstimmung für den Antrag stimmte, verschwiegen wird endlich — und das ist eine direkte Fälschung — daß der Antrag auf Wiedereinführung der vollen Heizerzulage garricht von der Volkspartei, sondern von der sozialdemokratischen Partei ausging und die namentliche Abstimmung auch nur über den sozialdemokratischen Antrag vorgenommen wurde. Was das Beamtenblatt mit seiner Fälschung bezweckt, ist nicht recht ersichtlich, denn die Wahrheit ist doch in allen Parlamentsberichten nachzulesen.

„Vertrag euch wieder!“

Auf diesen Ton ist die Epistel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Sonnabend gestimmt, in der den feindlichen Büchern im preussischen Landtage gut zugeredet wird, sich wieder die Hand zum Frieden zu reichen. Das Blatt des Kanzlers führt aus:

Der Zusammenstoß wird von der radikalen Presse mit tiefer Genugtuung besprochen. Sie geht dabei von der Ansicht aus, daß die Auseinandersetzung vom vergangenen Dienstag mehr als ein isoliertes, aus augenblicklicher Streitlust erwachsenes Ereignis ist, und in der Tat mögen Reden im Lande Rundgebungen in der Presse gerade in der letzten Zeit viel zur Verschärfung der Stimmung beigetragen haben. Hiernach ist es begreiflich, daß von der radikalen Presse mit wachsender Zuversicht die Prognose aufgestellt wird, daß die Reichstagswahlen eine geschlossene Front der Linken den Parteien der Rechten gegenüberstellen werden. Gleichwohl nehmen wir nicht an, daß eine solche Radikalisierung unserer Parteiverhältnisse von den Beteiligten beabsichtigt wird; denn weder die Konservativen noch die Nationalliberalen können erwarten, daß sie es sein werden, denen die Ernte aus dem so tief aufgerissenen Boden zuwächst."

Auch der fromme „Reichsbote“ haut in die gleiche Kerbe. Im Stil des Sonntagnachmittags-Predigers mahnt er:

„Nagt doch endlich die ewigen Zänkereien über die Finanzreform, die ja nun fertig und an der nichts mehr zu ändern ist, und laßt den vaterländischen Gedanken wieder in seiner sittlichen Größe und Schönheit leuchten. Möchten überall patriotische Männer im Lande aufstehen, und in diesem nationalen Sinne auf ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien hinzuwirken um der elenden Zänkerei, die alle Parteien ins Unglück führt, ein scharfes Ende zu machen, damit das Parteilieben wieder einen frischen, kraftvollen, national-patriotischen Aufschwung erlebt, wie es in den ersten Jahren nach der Errichtung des Reiches der Fall war.“

Hurra! Hurra! Hurra!

Der milde Herr v. Heydebrand.

Die „Kreuzzeitung“ kommt am Sonntag noch einmal auf die Kampfanzeige zurück, die Abg. v. Heydebrand an die Adresse der Nationalliberalen gerichtet hat. Das Blatt betont, daß der Kampf eine Notwendigkeit geworden ist, nachdem jeder Tag neue Beweise brachte, daß die Abkehr dieser ehemaligen Mittelpartei von ihren früheren Zielen entschieden ist, daß sie ihre Front ausschließlich nach rechts gerichtet hat, daß sie — um mit dem Abg. P a c i g e zu reden — eine Abwehrmehrheit von B a s s e r m a n n bis S e b e l schaffen, den „Tag von Philipp“ vorbereiten will.

In den Reihen der Konservativen sei man mit Herrn v. Heydebrand allgemein einverstanden. So wurde der „Kreuzzeitung“ geschrieben:

Die Rede des Herrn v. Heydebrand war sehr notwendig, wenn auch immer noch recht milde! Den nationalliberalen Führern mußte einmal gründlich die Nase vom Gesicht gezogen werden! Überall wo sich die Nationalliberalen mit dem Verbündeten der Sozialdemokratie, dem Freisinn, zusammenschließen, sind sie auch Verbündete der Umsturzpartei und nicht nur in Baden! Das kann nur ein Feind oder ein Loh bestreiten, und deshalb sollte man es ihnen immer wieder ins Gesicht sagen, bis die Wähler es auch einsehen!

Nationalliberale Kata Morgana.

Die rechtsnationalliberale „Magdeburger Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom Freitag:

Die äbernächtigen (!) Wahlen werden unter dem Zeichen der Mittelparteien stehen. Wenn die Köpfe von der Leidenschaft abgekühlt sind, wenn vielleicht ja und so viele den Schaden erst verspüren, den sie jetzt in der Regierung nicht zu erkennen vermögen, dann wird die Sehnsucht nach einer unheilvollen und unheilbaren Mittelpartei offenbar werden, und die Wähler werden aus dem Radikalismus rechts und aus dem Radikalismus links zurücktreten in das Klugheit einer ruhig dahingleitenden praktischen gemeinsamen Arbeit. Gibt es man B a s s e r m a n n s Wort verstanden, als er die Nationalliberale Partei den Kern des Blokes nannte. Die Zukunft wird lehren, wie recht er mit dieser Bezeichnung hatte. Bleibt sie jetzt fest in ihrem Kampf gegen Zentrum und dessen neue Bundesgenossen, die Konservativen, auf der einen Seite, und unabdingbar zuverlässig gegen die Sozialdemokratie auf der anderen Seite, dann wird sie den Kern abgeben für die neue Gruppierung mit der alten Idee des Blöckchen Blokes. Die Zukunft gehört der Mittelpartei!

Eine „unheilvolle und unheilbare Mittelpartei“: sie sollten hier selbst, die „Unentwegten“ ...

Zentrum und Polen.

Am 27. Februar findet in Allenstein die Reichstagswahl statt. Das Zentrum hat einen Entscheider, die Polen haben einen erlaubbaren Partner aufgestellt. Für unsere Partei kandidiert Genosse H a n s K ö n i g s b e r g. Es ist nicht möglich, auch nur eine Vermutung abzugeben. Wir müssen uns auf eine Wahlkreisverteilung in den größten Deutschen Reichsteilen beschränken.

Inzwischen ist es zwischen Polen und Zentrum zu einer ganz allerliebsten Kachalgerei gekommen. Die Zentrumskräfte erklären, die Polen seien nichts als Sozialdemokraten, was die Polen als „schändliche Beleidigung“ zurückweisen. Das führende Polenblatt, die „Gazeta Niżynska“, schreibt aber: „Die Polen im Ermland kennen nicht einmal die Sozialdemokraten noch ihre Parteistatuten und wollen sie auch nicht kennen lernen. Aber das muß man zugeben, daß die Sozialdemokraten im Reichstag und Landtag uns vielfach wohlwollender und gerechter sind als das deutsch-katholische Zentrum“.

Die Internationale Kriminalistische Vereinigung.

Vom 20. bis zum 22. April wird in Berlin die Deutsche Landesgruppe der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung tagen und sich mit der Reform des Strafrechts beschäftigen. Professor v. L i s z t wird über den Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch sprechen, Geheimrat R o h n e über Freiheitsstrafen und Strafvollzug, Professor K i t t e r m a i e r über die Behandlung der unsocialen Elemente und Professor F r e u d e n t h a l - F r a n k f u r t über die Behandlung der Jugendlichen.

Schwarz-Blanc Verbrüderung.

Im Wahlkreis Landeshut-Sauer, den der fortschrittliche Abgeordnete B ü c h m a n n im Reichstag vertritt, hat das Zentrum für die kommende Wahl auf eine eigene Kandidatur verzichtet und will sofort im ersten Wahlgang für den Konservativen eintreten. Bei der Erstagwahl im Juni 1910 wurden 6483 sozialdemokratische, 6429 freisinnige, 3879 konservative und 3823 Zentrumstimmen abgegeben. Der fortschrittliche Kandidat würde also voraussichtlich nicht mehr in die Stichwahl kommen, vielmehr wäre die engere Entscheidung zwischen dem sozialdemokratischen und dem konservativen Kandidaten zu treffen.

Studenten als Wahlhelfer.

Die Konservativen hatten nach der Wahl in L a b i a u - W e h l a u bei den Universitätsbehörden in K ö n i g s b e r g Beschwerde über die Studenten geführt, die den Fortschrittlichen Wahlhilfe geleistet haben. Die Behörde hat nun nicht wegen der Wahlhilfe an sich, sondern deswegen eine Untersuchung eingeleitet, weil ihr angezeigt wurde, daß eine Anzahl Studierende bei Gelegenheit dieser Wahlhilfe grobe Ausschreitungen begangen hätten. Auf Grund der Ergebnisse der Untersuchung ist jetzt das Verfahren gegen die Studenten eingestellt worden, nur in einem Falle wurde eine Verwarnung erteilt.

Zentrum und reichsländische Verfassung.

In der Zentrumskorrespondenz „Germania“ schließt ein Artikel aus dem Reichslande, der sich mit der Verfassungsreformfrage beschäftigt, mit folgendem Absatz:

Wir alle, die Anhänger der elisch-lothringischen Zentrumspartei, vertrauen fest und unerschütterlich auf unsere Fraktion im Reichstage: sie wird uns beistehen und das Fortsetzen, was sie vorige Woche begonnen hat. Aber wie gesagt: Sieher gar keine Verfassungsreform als die von der Regierung gewollte. In diesem Falle soll dann auch die Regierung allein das Risiko tragen, das im Lande für sie an Mißmut, Verärgerung und Unwille aus der Ablehnung des Kommissionsbeschlusses entstehen würde."

Wir vertrauen fest und unerschütterlich auf unsere Fraktion im Reichstage: es wird sich ja bald herausstellen, ob ein solch rührendes Vertrauen nicht doch wieder bitter getäuscht wird.

Der konservativ-nationalliberale Konflikt.

Ebenso überraschend wie der scharfe Zusammenstoß zwischen Konservativen und Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhaus kam, ebenso unpassend ist er zahlreichen Politikern aus beiden Lagern und der Regierung gekommen. Man war so ziemlich einig darüber, daß im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen die alten Differenzen begraben sein sollen und die Nationalliberalen gaben sich die redlichste Mühe, mit den Konservativen wieder in volle Harmonie zu kommen. Da trat der Wechsel in der konservativen Parteileitung ein und mit der Übernahme der Führung durch H e y d e b r a n d kam der Vorstoß gegen die Nationalliberalen. Die „Nationalistische Zeitung“ kann sich noch garricht recht erklären, was eigentlich hinter diesem Vorgehen für Beweggründe stecken. Sie schreibt:

Wenn man bedenkt, wie viele Mühe sich der Reichskanzler für eine Verständigungspolitik gegeben hat, so könnte man schon verstehen, daß er über die Heydebrand'sche Kriegsanzeige nicht weniger als irritiert sein dürfte. Was auf die Latit der Nationalliberalen wirken wird, darüber wird man sich erst nach reiflicher Überlegung entscheiden können. Dagegen aber wird man sich schon heute die Frage vorlegen müssen, welche Gründe Herr v. Heydebrand geteilt haben, als er die neue konservative Politik verkündete und verstanden ließ."

Die „Köln. Ztg.“ nimmt an, daß Heydebrand ganz bewußt darauf hinarbeitet, die Mittelparteien zu schwächen und einen Reichstag zu schaffen, in dem eine Mehrheit herrscht, deren Radikalismus durch den Zusammenhang mit der Sozialdemokratie aufs schärfste gekennzeichnet wäre. Ein solcher Block sei nicht regierungsfähig. Die Regierung müßte sich ganz und gar auf den schwarz-blauen Block stützen und sich zum Vollstrecker seines Willens machen. Das könnte sie aber nicht auf gesetzmäßigem Wege und deshalb würde sie auf den ungesetzmäßigen zutreiben, der allerdings den konservativen Idealen entspräche. Diese Katastrophen- und Desperatopolitik sei es, auf die unter Heydebrands Führung, mindestens ein Teil der Konservativen zutreue.

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird die halb-offizielle Notiz, daß der Reichskanzler sein Bedauern über den Konflikt ausgesprochen haben soll, mit der Bemerkung abgetan, daß die Konservativen sich in Verteidigungsstellung befinden hätten. Wenn die Regierung die „Hehe gegen die Finanzreform“ zur rechten Zeit zurückgewiesen hätte, wäre ein Teil der Nationalliberalen schneller zur Selbstbestimmung gekommen. Der konservative „Reichsbote“ drückt den dringenden Wunsch nach einer verständigen und würdigen Waffenstillstand zwischen den nationalen Parteien aus.

Von unseren „herrlichen“ Kolonien.

Die militärische Aktion gegen die Aufständischen auf der Karolinen-Insel Ponape hat zu neuen Kämpfen geführt. Während im Verlauf der Straf-Expedition bereits am 13. Januar ein Seeoffizier schwer verwundet wurde, hat unser Expeditionskorps bei den darauf folgenden Gefechten mehrere Tote zu beklagen. Der amtliche Bericht darüber lautet: Der älteste Kommandant der vor Ponape versammelten Kriegsschiffe „Emden“, „Nürnberg“, „Planet“ und „Cormoran“, Fregattenkapitän V o l l e r t h u n, melde: Am 24. Januar und an den darauf folgenden Tagen wurde die auf der Hochseefisch-Spize befindliche Besatzung durch Schüsse aus dem Busch beunruhigt. Hierbei wurde der Oberstleutnant G i l m e r von der „Emden“ schwer verwundet. Am 27. Januar erlag er seinen Wunden. Das Landungskorps S. M. S. „Emden“, „Cormoran“ und „Nürnberg“ unternahm am 26. Januar einen Sturm auf die verhängte Stellung der Aufständischen. Dabei hatten wir folgende Verluste: Leutnant z. S. E r h a r d vom „Cormoran“: Kopfschuß; Obermatrose K n e i d e l von der „Emden“ und ein Polizeisoldat tot; Obermatrose P i m p e r t s: Kopfschuß, und Obermatrose K a r l M e y e r, Matrose U g a t h o n und drei schwarze Soldaten, von denen einer später verstorben ist, schwer verwundet; Obermatrose G e i z l e r, Bootsmannmaat K i e b e r leicht verwundet. Der Feind wurde zerstört. Bis zum 14. Februar ergaben sich zahlreiche Aufständische, darunter sechs Rädelsführer. Die Beendigung der Operation steht bevor.

Frankreich.

Der Guillotine entrißen. Nach langen, furchtbaren Qualen ist D u r a n d, der zum Tode verurteilte Gewerkschaftssekretär von Havre, endlich der Freiheit zurückgegeben worden. Die Revisionskommission des Justizministeriums hatte ihre Entscheidung zugunsten der Revision getroffen. Diese Entscheidung stützt sich nicht nur auf die von Durand angeführten Tatsachen, sondern auf die gesamte Prozedur. Der Justizminister hat die obidie Dummheit begangen, diese Entscheidung überal mit angstvoller Spannung erwartet worden ist, 24 Stunden lang geheim zu halten. Obwohl der Justizminister Dienstag noch anordnete, Durand auf freien Fuß zu setzen, ist diesem davon erst Mittwoch Mitteilung gemacht worden. Durand, der die letzten zwei Wochen unter immer häufiger wiederkehrenden Geistesstörungen litt, hat sich zunächst geweigert, das Gefängnis allein zu verlassen, aus Furcht, in ein Irrenhaus gesperrt zu werden. Erst als sein Vater eintraf, verließ er das Gefängnis. Dieser Zwischenfall beleuchtet grell die grausame Tragik dieses Prozesses. Die Allmacht des Kapitals drohte den Arbeiter zu zerschmettern, und dieser fühlte so sehr dessen niederdrückende Übermacht, daß er schließlich die Freiheit zu fürchten begann. Und wenn jemand einen ungleichen Kampf mit dem Kapital ausgehalten hat, so war es Durand. Im August des Vorjahres wurde in Havre ein Syndikat der Kohlenarbeiter der Transatlantischen Kompagnie gegründet, um die Interessen der durch neue Lademaschinen zur Arbeitslosigkeit verurteilten Arbeiter zu wahren. Zum Sekretär des Syndikats wurde Durand bestimmt, der als Propagandist der Antialkoholenbewegung bekannt war. Nach Ablehnung der Forderungen durch die Kompagnie brach der Streik aus. Der Kampf des Irren gegen den eisernen Topf, Dank der umsichtigen Leitung Durands hielt sich der Streik vier Wochen lang. Da kam ein Zwischenfall, der es der skrupellosen Gesellschaft ermöglichte, mit Hilfe eines gewissen Richteriums und einiger armseliger Tröpfe von Arbeitswilligen Durand, und damit den Streik abzumürgen. Wie so oft, kam es auch während des Streiks zwischen fränkischen Kohlenarbeitern zu einer Schlägerei. Ein „Arbeitswilliger“, der wie seine Kumpane mit einem Revolver bewaffnet war, suchte damit herum und wurde deshalb von seinen Kumpanen so verdröschten, daß er seinen Verletzungen erlag. Aus diesem traurigen, aber leider banalen Zwischenfall wurde von dem leitenden Ingenieur der Kompagnie die Räubergeschichte gemacht, die Durand bald den Kopf, wenn nicht den Verstand gekostet hat. Der Prozeß selbst war ein Schuttspiel für die offiziell auch in Frankreich abgelehnte Klassenjustiz. Und als schließlich unter der Wucht der öffentlichen Meinung und der neuen Tatsachen der Justizminister eine Enquête über den Prozeß anordnete, beauftragte er keinen anderen, als den Untergebenen des Staatsanwalts, der die Anklage vertreten hatte! Daselbe zweideutige Vergreifen kann man bis zum Ende verfolgen. Was Wunder, daß Durand, dessen Geist in den letzten Wochen schwer gelitten hat, fürchtet, die Transatlantische Kompagnie habe seiner Freilassung nur zugestimmt, um ihn in ein Irrenhaus zu sperren. Aber dieser Glaube, daß eine Aktiengesellschaft über Minister, Richter und Polizei herrscht, ist der Wahrheit leider nur zu nahe.

Rumänien.

Sozialistische Kandidaturen. Am 3. März finden in Rumänien die Neuwahlen statt. Zum erstenmal wird die sozialistische Partei selbständig in den Wahlkampf treten und eigene Kandidaten in elf Wahlkreisen, davon sieben in Bukarest, aufstellen. Unter den Kandidaten befindet sich auch Genosse C. K a k o w s k i. Ein Wahlsieg ist durchaus nicht ausgeschlossen und man darf hoffen, daß bald in dem rumänischen Parlament, einem der reaktionärsten der Welt, das auf Grund eines dem preussischen ähnlichen Wahlrechts gewählt wird, die Stimme der Sozialdemokratie wird gehört werden müssen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 20. Februar.

Die hiesigen Kameradschaftsbündler werden auch bei der diesjährigen Reichstagswahl zum Kampfe gegen den inneren Feind“ aufgeboten. Der Jahresbericht dieser Schuttruppe der Reaktion schließt mit der Aufforderung an die Mitglieder, bei der bevorstehenden Wahl die gelobte Liebe und Treue zu Kaiser und Reich Mann für Mann zu betätigen. Daß unter solcher „Treue zu Kaiser und Reich“ nichts anderes zu verstehen ist, als Treue zu dem um ihre Herrschaft zitternden rechtsreaktionären Parteien ist ja bekannt. Von einer bedauerlichen politischen Unverständlichkeit zeugt

Schwindelkassen-Praktiken.

Aller Voraussicht nach steht auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung eine gewisse Umwandlung bevor, die auch an den Schwindelkassen nicht spurlos vorübergehen wird. Es scheint nun, daß gegenwärtig schon die Verhältnisse für diese Art Kassen durch die Einwirkung der öffentlichen Meinung, und zum geringen Teil auch durch die behördliche Aufsicht, sich so angepaßt haben, daß sie sich nur noch mit den zweifelhaftesten Mitteln zu behaupten vermögen. Was darin neuerdings von den verschiedensten Privatkranken- und Sterbeversicherungsvereinen und -anstalten geleistet wird, spottet jeder Beschreibung. Für die mit diesen Unternehmungen berufsmäßig in Verbindung stehenden Gewerkschaftsmitglieder, die Vertrauensleute und nicht zuletzt für die in den Gewerkschaftsbüros und Arbeitersekretariaten Tätigen ist von Zeit zu Zeit eine orientierende Zusammenstellung notwendig, zumal diese Art Kassen erfahrungsgemäß weite Gebiete zu beglücken suchen und am Sitz ihrer Verwaltung die wenigsten Mitglieder zählen.

Im Vorjahr haben eine Anzahl dieser Kassen den Versuch unternommen, durch einen Schutzverband sich gegenseitig zu helfen, wie Seite 109 des vorliegenden Jahrgangs des „Correspondenzblattes“ von mir näher dargelegt wurde. Der Schutzverband ist seitdem verfallen; die Kasse „Fortuna“ in München, die im Vorjahre den Vorsitzenden des Schutzverbandes stellte, existiert nach einem sehr unruhlichen Ende auch nicht mehr, und der letzte Vorsitzende des Schutzverbandes, Buchdruckermeister Eisenhardt in Kassel, konnte ihn auch nicht mehr retten; er hatte genügend mit der von ihm geleiteten und gegründeten Kasse „Germania“ zu tun. Diese hatte nicht nur eine innere Krise zu bestehen, die zum Austritt einer Anzahl der durch das Treiben angewidertem Vorstandsmitglieder führte, sondern der Vorsitzende von Kassel warnte auch nachdrücklich vor ihr, weil zwischen den Einnahmen und Ausgaben, speziell den für Verwaltungskosten, ein gar zu großes Mißverhältnis obwaltete, jede finanzielle Sicherheit für die Ansprüche der Versicherten fehlte. Und beim Erscheinen dieser Zeilen wird wohl das Schicksal der Kasse schon entschieden sein.

Der Krankenunterstützungskasse in Kassel und der Münchener „Fortuna“ folgte zunächst die „Allgemeine deutsche Kranken- und Begräbnisversicherungsanstalt“ in Eisenach, die am 28. Januar 1910 vom Bezirksausschuß geschlossen wurde. Der dadurch um seine Existenz gekommene Direktor Fäger übernahm schnell eine Bezirksdirektorstelle bei der ihm gesinnungsverwandten „Allgemeinen Kranken-Versicherungskasse zu Chemnitz“ und berief zum 11. März 1910 nach Eisenach eine Generalversammlung der Mitglieder seiner geschlossenen Kasse ein, in der der übertritt der nicht mehr existierenden Kasse in die gleichartige in Chemnitz beschlossen wurde. Wie viele Mitglieder diesen Beschluß fasten, ist nicht bekannt geworden. Die Chemnitzer Kasse erließ die notwendigen Ausschreibungen, um die verwaisten Mitglieder, soweit sie noch nicht genug gebrannt waren, zu sich herüberzuziehen in eine, wie es so schön hieß, „finanziell sicher dastehende Kasse“. — Öffentliche und private Warnungen wurden sofort beim Bekanntwerden dieses einseitigen Übertritts erlassen, die ihren Zweck wohl auch nicht verfehlten und deren Notwendigkeit und Berechtigung nach einigen Wochen dadurch erhärtet wurde, daß die Chemnitzer Kasse am 9. Juli 1910 ihre Auflösung beschließen und Untertun bei der Bayerischen Versicherungsanstalt, G. S. in München suchen mußte. Warum der Anschluß gesucht wurde, bedarf keiner weiteren Ausführungen; was es aber mit ihrer eigenen und der Sicherheit der Bayerischen Versicherungsanstalt, und namentlich mit der zu Reklamazwecken verbreiteten Behauptung, daß die vereinigten Kassen über einen Vermögensbestand von annähernd 200 000 Mk. verfügten, für eine Bewandnis hatte, ergab eine Auskunft der Münchener Polizei, nach der bei der „bodenständigen“ Münchener Kasse ein Garantiefonds von 100 000 Mk. nicht vorhanden sei. Die Mitglieder der Allgemeinen Krankenversicherungskasse Chemnitz, denen von ihrer Kasse bei Übertritt in die Münchener ausdrücklich alle Rechte garantiert worden waren, wurden nach besonders

dadurch geprellt, daß sie nur dann Aufnahme fanden, wenn sie den Bedingungen des Statuts der Bayerischen Versicherungsanstalt entsprachen, die sich eine Aufnahme in jedem einzelnen Fall vorbehielt und von einer genauen Prüfung abhängig machte. Diesen Tatbestand gab die Münchener Polizeibehörde Mitte Dezember 1910 bekannt und verwies noch ausdrücklich auf den Umstand, daß der Verfasser des mit dem Abnahmevertrag nicht übereinstimmenden Rundschreibens, der frühere Direktor Bauer, jetzt in Chemnitz Filialdirektor der Münchener Kasse sei. — Schwindel überall.

Ein ähnliches Unternehmen ist die „Süddeutsche Versicherungsanstalt in Straßburg“, die, erst in Straßburg gegründet, vorübergehend in Karlsruhe ihren Sitz hatte, neuerdings aber wieder von Straßburg aus ihre „volksbeglückende“ Tätigkeit ausübt. Sie hatte nach einer Warnung des Bezirksamts Karlsruhe nur ein ganz unbedeutendes Reinergebnis, an Mitgliederbeiträgen einen Rückstand von 9500 Mk., die zum größten Teil weinbringlich waren. Der Summe der eingegangenen Mitgliederbeiträge stand ein Verwaltungsaufwand in etwa gleicher Höhe gegenüber. Von einer hohen finanziellen Sicherheit könne also keine Rede sein. — Anfang Januar 1911 erging nun noch von Bochum aus eine Warnung vor zwei unrennen Hilfskassen, und zwar vor der „Rheinisch-Märkischen Krankenunterstützungskasse in Bochum“, die laut einer behördlichen Revision 82 Proz. der Einnahmen für Verwaltungszwecke ausgab, und vor der „Deutschen Krankenunterstützungskasse in Werne“ bei Langendreer, die sogar 94,40 Proz. der Gesamteinnahme allein für Verwaltung verausgabte.

Wie die ungeheuren Verwaltungskosten entfliehen können, zeigte uns eine Auseinandersetzung einiger Agenten solcher Kassen mit diesen selbst. Danach zählt die Kranken-, Sterbe- und Unfallversicherungsanstalt „Rheinland“ in Landweilern neben ihren Bezirksdirektoren folgende Bezüge:

1. die Aufnahmegebühr für jedes neue Mitglied 2 Mark;
2. den ersten Monatsbeitrag jedes neuen Mitgliedes;
3. 12 Proz. Inkassoprovision vom 2. Monat ab;
4. eine Abholgebühr von 10 Pfennig pro Monat und Mitglied;
5. 6 Mark Bureaufschuß für je 50 zahlende Mitglieder;
6. 20 Mark Fahrkostenersatz für je 40 Neuaufnahmen pro Monat;
7. 50 Pfennig für jede „überwiesene“ Krankentontrolle.

Die Allgemeine deutsche Krankenkasse in Stuttgart, mit der wir uns noch etwas beschäftigen müssen, zählt ihren Agenten folgendes:

1. 2 Mk. Aufnahmegebühr;
2. 50 Proz. Erwerbeprovision vom 1. Monatsbeitrag;
3. 50 Pf. Einschreibgebühr;
4. 12 Proz. Inkassoprovision vom 2. Monat ab;
5. 10 Pf. Abholgebühr pro Monatsbeitrag;
6. 50 Pf. für jede Krankentontrolle;
7. 1 Mk. für Meldung einer Abtretung der Statuten im Krankheitsfall.

Hier handelt es sich um Kassen, die schon einige Zeit existieren; was mögen erst ganz neue aufwenden, um erst Agenten für den Mitgliederfang zu werben!

Verfolgt man die Ausbreitung der Kassen genauer, dann läßt sich geradezu von einer epidemischen Entwicklung sprechen; ein Schulbeispiel dafür ist Stuttgart. Hier gab es bis 1908 wohl Agenturen verschiedener, heute längst verfallener Krankenkassen, aber keine am Ort domizilierende Kasse. Ein Agent der schon erwähnten deutschen Krankenunterstützungskasse in Kassel hatte bei dieser Tätigkeit so viel gelernt, daß er mit einigen gleichgesinnten Seelen, um dem dringenden Bedürfnis — in ihrem Geldbeutel zu genügen, eine neue Kasse, die Württembergische Privatkrankenversicherung, die wohl im ganzen, entsprechend der hier strengeren Aufsicht etwas realer als ihre Mutter, sonst aber eine getreue Kopie derselben war. Ein Vertreter der Württembergischen Privatkrankenversicherung namens Stein, empfand auch das erwähnte dringende Bedürfnis und gründete die Allgemeine deutsche Krankenkasse Stuttgart. Ein späterer Agent der Kasseler Unterstützungskasse, namens Söhner, machte die Reichskrankenkasse Stuttgart und rief, als diese nicht

florierte, in Heidelberg die „Kranken-Versicherungsanstalt“ ins Leben, die sich aber nach kurzer Existenz in zwei Unternehmen gleichen Namens, eine in Heidelberg und die andere in Eisenach, teilte. Ausgewählte Agenten gründeten in Stuttgart weiter noch den „Deutschen Krankenversicherungsverein“ und in den letzten Monaten des Jahres 1910 die „Stuttgarter Kranken- und Sterbeversicherungsanstalt“. Erhiere geht neue Bahnen. Bisher war man es gewohnt, daß minderwertige Zeitungen und Zeitschriften für ihre Abonnenten eine Versicherungseinrichtung trafen; Beispiele anzuführen ist unnötig, da solche jedem Leser bekannt sind. Hier war es umgekehrt; der „Deutsche Krankenversicherungsverein“ bezw. sein hiesiger Leiter, der Buchhändler Ed. Ebert in Stuttgart, gründete die „Mittelungen des D. Kr.-Vers.-Vereins“, die in unbestimmter Zeitfolge erscheinen, wöchentlich aber die Unterhaltungsbeilage „Das hilfsbereite Familienblatt“ liefern. Der wöchentliche Beitrag für alles zusammen ist nur 25 Pf., wofür es außer dem nötigen Wirtspapier auch noch 1 Mk. Krankengeld pro Tag bis zu 26 Wochen, 40 Mk. Sterbegeld, freie ärztliche Behandlung mit freier Arztwahl, auch beim Naturarzt, gibt. Für doppeltes Krankengeld gibt es auch doppelte Leistungen, die Zeitschrift aber nur einmal, so daß für die Mitglieder die niedrigste Klasse die rentabelste ist. — Die Stuttgarter Kranken- und Sterbeversicherungsanstalt nimmt als Mitglieder nur solche Personen an, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind; das ist infolgedessen zweckmäßig, wenn es auch nicht ausdrücklich gesagt wird, daß die Direktoren auch mit dieser Eigenschaft ausgezeichnet sein müssen, was nicht überall der Fall war, und seine Mängel schon wiederholt bei Zusammenbrüchen von Kassen gezeigt hat.

Alle Schönheiten dieser Kassen anzuführen, geht hier zu weit. Ausnahmslos haben die Leistungen aufzuweisen, vor denen die zentralisierten Hilfskassen der Arbeiterkassen und erst recht die Ortskrankenvereine vor Neid verblissen müssen. Ärztliche Untersuchung vor der Aufnahme ist nicht nötig. Der Antragsteller hat nur die Erklärung abzugeben, daß er noch nie krank war, zeitlebens gesund gewesen ist. Der Agent beruhigt etwaige Gewissensbisse mit der Versicherung, daß es nicht so genau darauf ankomme; kurz, die Aufnahme wird vollzogen, die Beitragszahlung beginnt. Im Krankheitsfall ist es freilich anders. Da kommt es zumeist so wie der ärztliche Verein für Württemberg in nachstehender Ankündigung schreibt:

„Die Vereinigung der Württembergischen Vereine für freie Arztwahl, der Ehlinger Delegiertenverband, hat beschlossen, künftige Mitglieder von Krankenunterstützungskassen nicht mehr auf Kassenrechnung, sondern nur noch als Privatpatienten zu behandeln und Krankheitsbefreiungen für solche Kassen und für private Zuschußkassen nur noch auf dem vom Ehlinger Delegiertenverband entworfenen Formular auszustellen, die Ausfertigung der eigenen Formulare dieser Kassen aber stets zu verweigern. Der Grund für diesen Beschluß liegt darin, daß in den letzten Jahren die Patienten und die Ärzte durch Schwindeldelassen um beträchtliche Summen betrogen wurden. Ferner darin, daß die Privatkrankenvereine und ähnliche Kassen ihren Mitgliedern die Auszahlung von Krankengeld verweigern, wenn das von der Kasse entworfenen, sehr unständliche Formular nicht vollständig ausgefüllt ist. Die Fragen sind aber so gestellt und die Aussagen der Kasse so gehalten, daß die Kasse, wenn alle Fragen wahrheitsgetreu beantwortet werden, fast immer aus dem ärztlichen Urteil einen Grund ableiten kann, aus dem sie dem Patienten kein Krankengeld vorzuenthalten berechtigt ist. Es wurde häufig jede Unterstützung verweigert, wenn vom Arzt bescheinigt wurde, daß der Patient früher einmal an einer ähnlichen Krankheit gelitten habe, oder daß etwa an demselben Körperteil schon einmal eine Krankheit bestanden hatte, auch wenn zwischen der früheren und der neuen Erkrankung keinerlei ursächlichen Zusammenhang bestand.“

Es kann nicht Sache der Ärzte sein, zu einer planmäßigen Schädigung der Patienten die Hand zu bieten. Nachdem sich gezeigt hatte, daß Aufsichtsbehörden und Gerichte den bestehenden Mißständen gegenüber machtlos sind, trat an die Ärzte die Frage heran, ob sie nun nicht ihrerseits jede Mitwirkung ver-

Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(71. Fortsetzung.)

Herr Hirschel schreibt mir weiter. — Diesen Sommer habe ich meinen Freund Kanehl auf seiner Herrschaft besucht. Dreißig der Mann da führen eine Wirtschaft! Baut und reißt nieder und pflanzt und säet und macht Ochsen und Schweine fett, und geht den ganzen Tag mit Sporen an den Stiefeln, wie ein Mann vom Militär. Sie meinen alle, er sei bereits reich und werde noch reicher werden.

In einer Minute gehen mehr Menschen über den alten Steinweg, als mit auf der Chaussee in acht Stunden begegnet sind. Habe ein halbes Duzend kleiner Städte besucht, und habe da auch viele Schafe und Kühe gesehen, aber wenig oder gar keine Menschen. Aber es ist doch Hoffnung da, daß es besser werden kann, denn allenthalben in den Städten hat es ziemlich viele Juden, und wo man etwas sieht, das einen Anstrich von Geschäft hat, da gehört's sicher einem von unseren Leuten. Und wir Juden, wir machen heutzutage nicht bloß in Kattun und Zwirn, sondern auch in Weltgeschichte.

Weitern ging ich mit unfremd Freunden in sein Dorf. Das ist aber auch nicht ein Dorf, wie bei Hamburg herum die Dörfer sind, sondern es ist ein Dorf mit einer Kirche ohne Turm und nebenan hängen die Glocken in einem hölzernen Galgen. Bauern wohnen gar nicht im Dorf. Nicht weit von der Kirche ab ist ein ziemlich großer Platz mit einer hohen Mauer, welche gar keinen Eingang hat, rund umher eingefaßt. Glaub' ich doch verseht zu sein ins Land unserer Väter, als ich hörte, was diese Mauerei da zu tun hat. Sie umschließt nämlich einen verfluchten Platz, und dieser Platz ist worden verflucht von dem alten Baron, weil da 1848 gefanden hat das Wirtshaus, und in diesem Wirtshaus gelesen worden ist dazumalen eine Zeitung! Niederreißten hat er deshalb lassen das Wirtshaus, abhauen die Räume im Garten, aufgemauert eine Mauer, fünfzehn Fuß hoch und wenigstens tausend Fuß lang, und es schriftlich gemacht, daß dieser Platz ewig bleiben soll und nur Dornen und Dornen tragen. Und mit einer zwei-

ten gleichen Mauer hat er auch das Predigerhaus rund umher von der Welt abgeperrt weil er sich mit dem Geistlichen, der seine alte Schwester geheiratet hat, deswegen und auch sonst nicht hat vertragen können. Diese Mauer hat Herr von Kanehl jedoch bereits, weil seine Frau Gemahlin es wünschte, niederreißen lassen.

Habe dem Geistlichen auch eine Bitte gemacht. Ein trübseliger Mensch. Hat seiner Frauen Gelder in österrödischen Papieren angelegt und lobt die Wirtschaft in Neapel und schimpft auf den Garibaldi! Mich wollte er in einen mecklenburgischen Christen verkehren. Ich habe ihm aber geantwortet, daß ich dadurch meinen Kredit an der Börse mir völlig ruinieren würde, denn alle Welt würde mich für verrückt halten. — Wie die Leute sagen, kriegt er übrigens heftige Schläge von seiner Frau, und es gibt niemand, der sie ihm mißgönnte, das heißt nicht allein die Schläge, sondern auch die Frau. Sie sieht gerade so dürr- und so kümmerlich aus, wie der Altonaer Kirchturm, und sie soll aus lauter Frömmigkeit und Keuschheit gar kein männlich Tier in ihrem Hause dulden, sondern nur solche, die neutral gemacht sind.

Auch in Bockdorf bin ich gewesen, habe aber von Ihrem Freunde, dem alten lustigen Pastor, nicht viel erfahren können und von dem Herrn Königsmann garnichts. Schon im Frühjahr 1849 ist der Pastor außerhalb Landes gezogen, und die Frau und Tochter sollen tot sein. Die Kachel Löwe soll den Herrn Eugen geheiratet haben, und der hat flüchten müssen wegen der Geschichte in Baden. Einen Brief an den alten Herrn fand ich hier im Krüge; er hat hier schon seit Jahren gelegen und ich habe ihn fürs Postgeld eingelöst, und lege ihn für Sie bei.

Der Pastor in Bockdorf wollte mich auch verkehren und jammerte auch darüber, daß beim Kapit das Handwerk gelegt worden ist. Ich glaube, die Prediger hier sind alle geheim katholisch. Er fing auch vom Talmud an zu reden. Ich habe ihm aber geradeheraus gesagt, daß wir gebildeten Juden was anderes zu lesen hätten, als den Narrenkrum, und daß wir auch, seit wir bürgerliche Menschen geworden sind, uns den Heuler um die Speisegetreide scheren und lustig haben und Schweine äßen, und selbst am Wurm Geld annehmen, aber nicht gerne was ausgeben. — Da hat er geseufzt und gemeint, das wäre sehr traurig. Ich wäre also kein Jude mehr, aber auch

kein Christ; ich wäre also ein Nichts. — Herr, habe ich ihm da erwidert: ich bin Herr Joseph Hirschel, und außerdem bin ich ein Mensch.

Von dem Herrn Soreca hab' ich auch gehört. Er sitzt jetzt hinter schwedischen Gardinen, weil er mit der Kasse einer frommen Gesellschaft durchgegangen ist und falsche Wechsel machte. Er hätte sonst eine gute Anstellung erhalten. Auch vom Baron Mierendorf hörte ich. Eine Zeitlang ist's ihm brillant gegangen. Er soll lange in einem Berliner Minnerhotel aus- und eingegangen sein, fast, als wäre er da zu Hause, und man sagt, daß manche berühmte Eskadre von ihm auf hohe Befehlungen ausgearbeitet worden sei. Jetzt aber ist's pleite mit ihm. Er sitzt irgendwo im Kleid auf einem Dorf und soll die Gicht haben in den Füßen und wenig Witz mehr im Kopf. Die Frau von Kanehl hat ihm neu, ohne daß er wußte, woher es kam, Präzenter geschickt. Herr Beitel hat wirklich recht; es ist ein liebes, ein heiliges, ein grumbrautes Weib, und ich freue mich, daß ich sagen kann: Herr von Kanehl sieht dies auch ein und behandelt sie, wie sie's verdient.

Die alte Stina, die die Aufsicht über die kleineren Kinder führt, ruft mich soeben zum Tee. — Für den Brief aus Amerika habe lechsenddreißig Schilling Postgeld ausgelegt — bitte gelegentlich retour. — Borro hier teuer! — Der Garibaldi möcht ich lassen. — Es müßte gebaut werden ein großer Luftballon, lauter ferne Schützen darin, und die müßten herunterpassen. — nun, Sie wissen schon auf was. — Adieu!

Der Brief, welcher Herr Hirschel mir sandte, war von Eugen und seiner Frau und lautete so:
Lieber Vater!

Bergeblidh hatten wir seit Jahren auf Nachrichten von Dir. Gleich nach unserer Ankunft in New-York schrieben wir später geschrieben wir mehrfach aus New-Paradies in Wisconsin und nun zum zweiten Male aus den Wäldern des fernem Westens. Dich hat wohl keiner dieser Briefe erreicht. Antwort empfangen wir nicht.

Wir sind gesund und durch unsere Liebe zu einander glücklich. Zwei Söhne sind uns geboren und der älteste, den wir Wolf genannt haben, durchstreift bereits mit seinem Vater das Feld und den Wald.

wiegern wollen. Künftig werden Kassen sich nicht mehr auf das ärztliche Zeugnis berufen können, wenn sie ihre Mitglieder um die Unterstützung stellen wollen. Da alle Ärzte, die für die Kassenmitglieder in Frage kommen, die Formulare verweigern, wird man die Kassen zwingen können, auch gegen eine einfache Bescheinigung der Erwerbsunfähigkeit auszusagen. Auf die Dauer werden sie überhaupt nicht weiterbestehen können, wenn sie nicht ihre Satzungen zugunsten der Versicherten in wichtigen Punkten ändern. Das beste Mittel bleibt allerdings nach wie vor, sich mit solchen zweifelhaften Kassen gar nicht einzulassen. Durch die gewerkschaftlichen Hilfskassen kann dem Bedürfnis nach Zuschußversicherung genügt werden.

Die Ärzte haben aus ihren Erfahrungen den treffendsten Entschluß gezogen, und dieses Vorhaben ist nur zu begrüßen, da es geeignet ist, den größten Teil der Klagen der Versicherten unmöglich zu machen; hoffentlich findet das Beispiel liberaler Nachahmung. Die bloße Verweigerung von Beiträgen mit den Kassen durch die ärztlichen Organisationen, die schon mehrfach gescheitert, tut es nicht; nur scharfe Mittel können dem Unfug steuern.

Für die organisierte Arbeiterschaft ergibt sich aber die dringende Notwendigkeit, auch ihrerseits das Vorhaben der Ärzte zu unterstützen. Zwar hat es die Gewerkschafts- und Arbeiterzeitung über das Wesen dieser Art Kassen zum Teil nicht fehlen lassen. Das ist aber noch nicht ausreichend. Es kommt noch immer wieder vor, daß sich Mitglieder fast aller Organisationen zum Zutreiber solcher Kassen hergeben. In den Arbeitersekretariaten stellen sich immer und immer wieder Gewerkschaftsmitglieder vor, die durch einen „Freund“, Nebenarbeiter, Verwandten oder Kollegen zur Mitgliedschaft in einer dieser zweifelhaften Kassen veranlaßt wurden und bei den unausschließlichen Schwierigkeiten mit der Kasse am Ende noch den Verband dafür verantwortlich machen wollen. Um das zu verhüten, muß durch die Gewerkschafts- und Arbeiterzeitung und durch die örtlichen Verwaltungen unserer Verbände jedem einzelnen klar gemacht werden, daß eine solche Tätigkeit nicht zu verantworten ist, einen Verrat an den Prinzipien der Arbeiterbewegung darstellt und im Interesse der Organisation nicht gebildet werden kann. Wenn nötig, müßte sich die Kongresse dagegen erklären. Hier klar und scharf vorzugehen, ist fast so wichtig, als der Kampf gegen die Schnapspest, der so außerordentlich erfolgreich geführt wird; auch hier stehen wichtige Interessen auf dem Spiele. R. Fette.

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

Schiffahrtsabgaben-Kommission.

Zu Artikel 1 liegen Anträge des Abg. Junck vor, die die Tragweite der Vorlage dahin gehend einschränken, daß Abgaben nur für solche Werke erhoben werden, die eine wesentliche Ermäßigung der Beförderungs-Selbstkosten zur Folge haben. — Ein Antrag G o t h e i n (Volkspartei) verlangt die Errichtung einer Reichsbehörde, deren Aufgabe sein soll, festzustellen, welcher Anteil der Herstellung- und Unterhaltungskosten der einzelnen Strombauten durch Schiffahrtsabgaben zu decken sei und welcher Anteil den landwirtschaftlichen Interessenten aufzuerlegen ist. Die Debatte wird eröffnet durch eine längere Rede des Genossen S t o l t e. Stolle wendet sich ausdrücklich gegen die Beilegung der Abgaben-Freiheit der Flussschiffahrt; durch die Einführung der Abgaben würde der Verkehr empfindlich geschädigt. Mit der Einführung der Abgaben mache man einen Sprung ins Dunkle, der für unser gesamtes Wirtschaftsleben gefährlich werden könne. Der preussische Minister v. Breitenbach hält daran fest, daß die allgemeine Staatskasse fernerhin nicht mehr für Stromverbesserungen herangezogen werden dürfe. Eine Entlastung der Wasserträger würde infolgedessen hinter den Bedürfnissen zurückbleiben. — In ausführlichen Darlegungen über die Abgaben (Bp.) kritisierte an der Vorlage. Im Verlaufe seiner Ausführungen teilt er Akten der preussischen Strombauverwaltung mit, die ihm in seiner

Freistadt, unsere jetzige Heimat, war eine mitten im Urwald gelegene, halbaktivierte Ansiedlung. Der erste Gründer derselben, ein halbwild-amerikaner, trat sie uns gegen den Rest unseres Geldes ab, und zog damit weiter gen Westen. Unserem Fleiß ist es gelungen, uns eine Existenz zu schaffen, die uns vor wirklichem Mangel schützt. Die nächsten Ansiedlungen liegen fast eine halbe Meile von uns entfernt und zu verstehen wir selten mit Menschen, aber es liegt uns auch wenig daran, denn unsere Häuslichkeit ist uns genug, und wir sind fast der Ansicht geworden, daß der Mensch, welcher sein Herz möglichst rein erhalten will, sich von der Gesellschaft trennen muß.

Wir wünschen nur einen neuen Genossen, und das bist Du, lieber Vater. Komme zu uns und vergiß in unseren einfachen Wäldern die Erbarmlichkeit der Menschen und vornehmlich die Erbarmlichkeit der deutschen Zustände. Du warst ja stets ein so fröhlicher Bewunderer der Natur. Hier blüht und duftet dir der Wald in ungekannter Fülle, hier schwellen die Wasser in ungebrochener Kraft, die Sonne wärmt hier noch, die ganze Natur erfreut sich hier noch ihrer ungebändigten Jugend.

Den New-Orleans erreichst Du Fulton am red river in zehn Tagen mit Dampfbooten. Von dort hast Du drei Tagereisen bis Douthville. Leichterem Orte liegt Freistadt drei deutsche Meilen in nordwestlicher Richtung entfernt.

Lebewohl, lieber Vater.
Freistadt am red river.
Douthville, Indian Territory, im Mai 1856.
Eugen und Rachel Klameran.

Es war im September des Jahres 1853, als mich eine Reise nach Hamburg führte. Ich wollte dort mit ärztliche Hilfe gegen ein alles Leiden suchen; fand auch viele Ärzte, aber keine Hilfe. Wihmannig schlenderte ich eines Tages am Hafen umher und da gerade einige Auswandererschiffe zur Abfahrt bereit lagen, so kriegte ich Lust, mir einmal ein solches Fahrzeug anzusehen und ließ mich durch eine Jolle am Bord des Gutenberg setzen. Das Schiff war überfüllt von Auswanderern und wollte am nächsten Morgen abgehen. Ich ließ mich dem Stenermann ins Zwischendeck und dort dachte eine hungerblasse heftige Bäuerin und suchte ein krankes Kind in Schlaf zu fallen. Es wollte der Vater, die zu schwach war, um das Kleine imherzutragen, nicht recht gelingen. Da froh aus einer Kojen nebenan ein Blauschwarz hervor, nahm den Säugling in seine Arme und ließ ihn ein plattdeutsches Lied. Eben hätte der Mann mit etwas Wasser das heiße Köpfchen des Kindes, als ein rasender Stürmwind mir deutlich sein Gesicht zeigte. Mein Gott, Herr Pastor! wie kommen Sie herher? Sie ist ich. Ich bin nicht mehr Pastor, erwiderte er, ich bin ein deutscher Auswanderer und unterwegs nach America.

(Erlaubt folgt.)

Eigenschaft als Mitglied der Oberaufsichtskommission zuzugänglich waren. In diesen Akten wird zum Ausdruck gebracht, daß die Stromverbesserungen in erster Linie aus landwirtschaftlichem Interesse erfolgt seien. Ungeachtet dieser Tatsache sei es unbedingt notwendig, eine unabhängige, über beide Parteien stehende Behörde zu schaffen, die eine gerechte Verteilung der Lasten herbeiführe. Außerdem wolle er nach, daß Preußen selber schon im schroffen Widerspruch zu der Reichsverfassung Abgaben auf den unteren Stromtrecken der Ober- und der Weichsel erhoben habe. — Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt.

Aus der Partei.

Die abgebildete Staatsanwaltschaft. Gegen den Genossen Wendel als Verfasser der Broschüre „Die Fleischwucher, die Gottesgnadenwelt“ war auf die Denunziation des Junkers Heydebrand von der Lasa und des Dr. Wagner, dem Gegenkandidaten von Wendel in Freiberg i. S. von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben worden. Die Beschlussschammer hatte schon vor einigen Wochen die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt. Die Staatsanwaltschaft beschwerte sich beim Oberlandesgericht, wurde aber Freitag mit ihrer Verurteilung abgewiesen.

Gewerkschaftsbewegung.

Geschäftsverfall einer Streikvermittlungsfirma. Die berühmte Firma Fr. A. Müller in Wandse bei Hamburg versendet an die Unternehmer gedruckte Prospekte, die die Leistungsfähigkeit dieser Firma in der Vermittlung von Streikbrechern einem breiten Unternehmerpublikum anpreisen. Mit dem deutschen Reichsaar gekrönt, firmiert „Internationaler Arbeitsnachweis“, „Größtes Bureau Deutschlands für Streikangelegenheiten“, bezeichnet der Prospekt dieser dem Staate so nützlichen Firma als Spezialität ihres Geschäftsbetriebes: „Beschaffung von Arbeitswilligen bei Lohnkämpfen“. In unlauterem Wettbewerb mit den Anpreisungen der Prospekte über die Möglichkeit des Blutreinigungsgutes oder des Bienenwafers verurteilt der Prospekt der Firma Müller in der Form, durch die genante Sachbildung, Bauchgrimmchen schon auf Vorschuss. Man höre:

Infolge heutiger Lage auf dem Arbeitsmarkte und des Vorgehens der organisierten Arbeiterschaft, sowie deren Organe, hat es sich obiges Bureau zur Aufgabe gemacht, bei vorkommenden Streiks und Sperrungen den Herren Arbeitgebern arbeitswilliges Personal guter Qualität in jeder gewünschten Anzahl sofort zur Verfügung zu stellen.

Die Arbeitswilligen stehen der Öffentlichkeit stets näher, als die Streikenden. Unsere Vermittlung hat also auch vom Standpunkte des Arbeitnehmers immer den Rechtsboden unter den Füßen.

Schön gesagt! In schwallbiger Form wird weiter bramarbasiert, daß die Firma in einem Zeitraum von acht Tagen 8000 Leute stellen, in zwei Jahren bei 40 größeren Streiks 5000 Siebenmonatskinder geliefert hat und eine Arbeitswilligenkolonne von 400 gelehrten Arbeitern auf telegraphischen Anruf sofort nach einem von Streik bedrohten Werke dirigieren kann. Und umstehend im Prospekt sind Dankausagen von Firmen über die Vorzüglichkeit der gelieferten Stückzahl Streikbrecher zu lesen, so da ihre treuen Fröhdienstleistungen verrichteten, ohne sich durch Drohung oder List von den Streikenden stören zu lassen. Eine nur oberflächliche Betrachtung, der im Prospekt aufgeführten Firmen zeigt, daß es mit diesen Dankausagen dieselbe Verwendung hat, wie mit denen in den Geheimmittel-Prospekten aufgeführten. Manche Firma, die sich — vielleicht in ihrem ersten Zorn über die unbotmäßigen streikenden Arbeiter und aus vorzeitiger Freude über die Klausur — dort lobend über die gelieferte Arbeitswilligenware auspricht, finden wir als Unterzeichner eines später abgeschlossenen Tarifvertrages wieder. Mit der Zuverlässigkeit dieser Dankschreiben steht es also sehr windig aus. Die ehrenwerte Firma aber würde vielleicht nötig haben, durch dergleichen Prospekte sich in empfehlerische Erinnerung zu bringen, denn ihr Ruf über die Vorzüglichkeit ihrer gelieferten Menschenware ist gerade in letzter Zeit arg erschüttert worden.

Tarifabschluss der Lichtdrucker Deutschlands. Der seit dem Jahre 1904 bestehende Lichtdrucker-Tarif, der am 1. Januar 1911 sein Ende erreichte, sollte im vorigen Jahre bereits verlängert werden. Verhandlungen, die in Dresden stattfanden, scheiterten daran, daß die Unternehmervereinnigung zu schwach war, um die Einhaltung eines Tarifes zu garantieren zu können. Inzwischen stellten die Lichtdrucker in Berlin die Forderung auf Abschluß eines Lokal-Tarifes, in dem die achtstündige Arbeitszeit, Ferien, Erhöhung des Mindestlohnes usw. gegenüber dem früheren Zentraltarif gefordert wurde. Die Unternehmer in Berlin lehnten einen solchen Tarif ab, dadurch kam es zu einer allgemeinen Kündigung der Berliner Lichtdrucker. Während der Zeit der Kündigung traten die Unternehmer erneut zusammen, und gründeten eine neue Unternehmervereinigung, die sofort die Gehilfenorganisation zu Tarifverhandlungen aufforderte. Die hierauf am 28. und 29. Januar in Berlin stattgefundenen Verhandlungen führten zu einem provisorischen Abschluß auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für einen Teil der Gehilfen im Lichtdruckerberuf, die Drucker sollten wie früher auch weiter 8 1/2 Stunden arbeiten. Aber diese Vorläufige stimmten die Gehilfen Deutschlands durch Uebernahme ab; sie verwarfen jedoch mit 2/3 gegen 1/3 Stimmen diese Bedingungen. Hierauf fanden am 12. Februar die weiteren Verhandlungen statt, bei denen es zum Abschluß eines Tarifes auf 5 Jahre kam. Festgelegt wurde bis 1. Juli die 8 1/2stündige Arbeitszeit, ab 1. Januar 1913 allgemein die achtstündige. Die Berliner Firmen verzichteten sich bereits am 1. Januar 1912 die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Der Mindestlohn für im halben Gehilfenjahr stehende Gehilfen wurde von 22 auf 24 Mk. erhöht, nachdem sollen statt 25 Mk. 27 Mk. gezahlt werden, darauf sind die Löhne der Leistung entsprechend zu vereinbaren. Überstunden werden die ersten mit 25, von der zweiten Stunde an mit 33 und Sonntags 50 Prozent Zuschlag entlohnt. Die gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage werden bezahlt. Für je 2 Abteilungen werden auf 1 bis 5 Gehilfen 1 Lehrling gehalten. Das Tarifamt wurde nach Berlin verlegt und 8 Tarifstellen geschaffen. Den Verhandlungen wohnten die Organisationsvertreter beider Verbände bei.

Lebhaberzeugung der Textilarbeiter in Glanzen-Mecklenburg. Die Textilarbeiter in Glanzen-Mecklenburg hatten an die Unternehmer Forderungen gestellt. Die Unternehmer hatten daraufhin eine Lohnaufbesserung von 2 bis 4 Prozent zugesagt. Wegen der schlechten Konjunktur, so erklärten sie, könnten sie nicht mehr zahlen. Die Arbeiter nahmen die Aufbesserung als Abschlagszahlung an, erklärten aber ausdrücklich, daß sie ihre Forderungen bei Einsetzen einer günstigen Geschäftslage wiederholen würden. Die Glanzen-Mecklenburger Textilarbeiter dagegen lehnten das Angebot der Unternehmer ab mit der Erklärung, daß sie auf verlässliche Lohnaufbesserungen verzichten. In einem Kampfe wird es gegenwärtig nicht kommen; sowie aber eine bessere Konjunktur eintritt werden die Forderungen erneuert.

Der Streikposten als Verkehrsbehinderung. In Braunschweig streikten im November 23 die organisierten Buchbinder in den Buchdruckerbetrieben. Zu den Streikenden, die von einer Firma Streikposten kanden, gestellte sich ein nicht am Streik beteiligter, aber organisierter Kollege, um mit seinen Kollegen einige Worte zu sprechen. Eine Frau, die des Weges kam, machte einen Umweg, da die Gruppe stand und verließ den Fußweg. Etwa 20 Meter davon stand ein Schuttmann, der den Vorgang beobachtet hatte, brachte die Streikposten wegen Veranlassung eines Verkehrsbehinderunges zur Anzeige. Mit vier Strafmandaten in der Höhe von je 15 Mk. sollte dieses Vergehen gestraft werden. Die beantragte gerichtliche Entscheidung aber brachte die Freisprechung der vier Missetäter. Die Frau als Zeugin mußte zugeben, daß sie nicht unbedingt den Fußweg zu verlassen brauchte, um weitergehen zu können.

Streikführer. Der Streik von Zeche „Lufas“ forderte nachträglich noch seine Opfer. Vor einigen Tagen wurde ein Bergmann der Zeche zu 90 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er einen Streikbrecher beleidigt haben sollte. Jetzt sind wieder zwei Bergleute, die Streikposten gestanden haben, zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt worden wegen angeblicher Bedrohung von Streikbrechern, die sich von Schutzleuten von und zur Arbeitsstelle bringen ließen.

Zu der Schuhfabrik Herz in Frankfurt a. M. sind erneut Differenzen ausgebrochen, da die Firma die mit der Organisation getroffenen Vereinbarungen wieder zu brechen sucht. Die Firma sucht in auswärtigen Blättern Zuschneider, Zugang ist fernzuhalten.

Drohender Streik im Schuhgewerbe in Weiskopf. Viertausend im Zentralverband organisierte Schuhfabrikarbeiter lehnten den Vorschlag der Unternehmer, die Arbeitszeit innerhalb drei Jahre auf 9 1/2 Stunden zu verkürzen, ab. Sie verlangen die Einführung des Neunstundentages vom 1. Oktober 1911 ab. Wegen die Fabrikanten darauf nicht ein, dann würden Sonnabend mit Ablauf der Kündigungsfrist etwa 5000 Arbeiter die Arbeit niederlegen.

Die beleidigten Metallindustriellen. In Lüdenscheid wollten die Metallindustriellen einen Zwangsarbeitsnachweis errichten, was damals unter den zahlreichen dort beschäftigten Metallarbeitern große Erregung verursachte. Den Kampf gegen den Zwangsarbeitsnachweis hat unter borkiges Parteiblatt besonders scharf geführt. Die Metallindustriellen fühlten sich durch einige in diesem Kampfe geschriebene Kritiken ihres selbstherrlichen Vorgehens gekränkt und strengten gegen den verantwortlichen Redakteur des Lüdenscheider Parteiblattes die Privatbeleidigungsklage an. Vor dem Schöffengericht wurde Genosse Wörther zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Privatankläger und Privatdeflagier legten gegen das Urteil der ersten Instanz Berufung ein mit dem Erfolge, daß die Berufungsinstanz das Urteil gegen den Beklagten auf einen Monat Gefängnis herabsetzte. Die Verteidigung führte Genosse D. e. n. e. Im Laufe der Verhandlung wurde eine Menge Material über den Terror der Unternehmerverbände zutage gefördert, das die Überempfindlichkeit der Beleidigten, wenig verständlich erscheinen ließ.

Christliche Denunziation. Der „Staats- und Gemeindearbeiter“, das Organ des christlichen Hilfs-, Staats- und Transportarbeiterverbandes, berichtete kürzlich über eine von der Ortsgruppe Braunschweig veranstaltete Kaisergeburtstagsfeier und leistete sich dabei ein sauberes Denunziationen gegen diejenigen Mitarbeiter, welche sich an der Feier nicht beteiligten. Es heißt dort:

„Wenn wir es nicht für nötig hält, an der allgemeinen Geburtstagsfeier des Landesheeren ein hübsches patriotische Befestigung zu zeigen, bel-dem kann die Liebe zum Vaterlande nicht weit her sein. Solche Leute würden sich bei den Katen wohl, bebendend wohl fühlen, denn von uns wollen sie nichts wissen, angeblich weil wir nicht genügend leisten, und solche Leute werden in Staatsbetrieben beschäftigt.“

Genossenschaftler steht ein Bericht aus N. l. n. d. e. r. g. in dem mitgeteilt wird, daß der Vertrauensmann des freien Gemeindearbeiterverbandes im Rgl. Proviantamt als eifriger Freigewerkschaftler tätig ist, der „womit uns bekannt, auch Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins ist.“ Diese Denunziation gewinnt erst die richtige Bedeutung, wenn man weiß, daß auf der letzten Tagung der Zentrumpartei in Bayern ein Beschluß gefaßt worden ist, der sich gegen die Beschäftigung freigewerkschaftlicher oder sozialdemokratischer Arbeiter in Staatsbetrieben ausspricht.

Sibt es noch Richter in Mecklenburg?

Während in Essen das entsetzliche Fehlurteil gegen Schröder und Genossen nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen der Verteidigung nur endlich umgestoßen und den unschuldig Verurteilten, soweit sie noch am Leben sind, die so lange vorenthaltene Rechtferigung zuteil geworden ist, rührt sich in G. i. t. t. o. w. dem Schauplatz zweier Justiztaten von ganz ähnlicher Beschaffenheit, wie es das Essener Fehlurteil war, noch keine Hand, um dem Ruf nach Gerechtigkeit Folge zu leisten. Es muß aber, gerade unter dem frischen, die Gewissen aufkühlenden Eindruck des Essener Freispruchs, wieder und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß auch in Mecklenburg, zu et. W. a. n. n. e. r. u. n. s. c. h. u. l. d. i. g. i. m. B. u. c. h. h. a. u. s. g. e. l. e. n. h. a. b. e. n. d. e. n. m. a. n. b. i. s. h. e. u. t. e. d. i. e. R. e. h. a. b. i. l. i. t. e. r. u. n. g. v. e. r. l. a. g. t. Wir haben an der Hand einer Urteilsliste, die unser Mecklenburger Parteiorgan veröffentlicht, bereits mehrfach daran erinnert, wie jene beiden Urteile zustande gekommen sind, wofür aber heute auf Grund der Prozeßberichte nochmals darauf zurückkommen, weil unseres Erachtens die mecklenburgischen Justizbehörden mit jedem Tag, den sie verstreichen lassen, ohne das Wiedernahmeverfahren gegen P. o. l. t. u. d. G. a. r. d. e. r. a. n. z. u. o. r. d. n. e. n. e. i. n. e. g. a. n. z. u. n. g. e. h. e. u. e. r. l. i. c. h. e. V. e. r. a. n. t. w. o. r. t. u. n. g. a. u. f. s. i. c. h. l. a. d. e. n.

Die rasche Vergesslichkeit unserer Zeit hat das Ihrige dazu beigetragen, daß von den Einzelheiten der beiden Prozesse kaum noch etwas bekannt ist. Deshalb sei zunächst kurz wiederholt, welche geringfügige Ursachen in jenen beiden Fällen dazu herhalten mußten, um zwei ehrenhafte Männer jahrelang hinter Justizhausmauern zu bringen. Beide Prozesse fielen in die Zeit, in der die Sozialdemokratie festen Fuß in Mecklenburg sah und ihre ersten Erfolge erzielte. Das ist der Schlüssel zum Verständnis der Urteile, die damals über Männer verhängt wurden, deren schwerstes Verbrechen in nichts anderem bestand, als daß sie sich zur Sozialdemokratie bekannten und für unsere Partei tätig waren. Der händler Volk, damals Mitglied des Bürgerausschusses in Wismar, hatte am 6. August 1896 in einem Englotat, das zugleich Versammlungstotal der Wismarer Arbeiterschaft war, geweiht und sollte hier Zeuge gewesen sein, wie die zur Überwachung des Langvergnügens anwesenden Polizeibeamten durch böhmische Jurufe des Tischlers Wollenberg beleidigt worden seien. Volk erklärte vor dem Gericht, wo Wollenberg sich zu verantworten hatte, daß er nichts gehört habe.

und beschwar diese Klage. Seiner Klage entgegen stand die eines Polizeibeamten, der später selbst von Gericht und Staatsanwaltschaft als ungläubig bezeichnet wurde, weil er zu Selbsttäuschungen neige, ohne sich dessen bewußt zu sein. Nun hätte freilich auch ohne diese nachträgliche Feststellung dem Staatsanwalt, der das Verfahren gegen Holt einleitete, schon einleuchten müssen, daß bei dem Mann, der während jenes Auftritts im Landesaal offenbar geherrscht hat, ein Irrtum von Zeugen sehr wohl möglich sei, daß also sowohl Holt wie der Schußmann ihre entgegengesetzten Aussagen durchaus im guten Glauben gemacht hätten. Trotzdem aber erhob Staatsanwalt Dr. Kerstenhann Gültrow — und das ist das Skandalöse an diesem Fall — die Anklage wegen willkürlichen Meinens gegen Holt und setzte seinem Vorgehen die Krone auf, indem er den Geschworenen einredete, Holt habe der Meinung in dem wichtigen Parteizentrum geleitet. Die Geschworenen, die bei der verständlich ohne Ausnahme von vornherein mit Absehung gegen jeden Sozialdemokraten erfüllt waren, zeigten sich dieser staatsanwaltschaftlichen „Rechtsbelehrung“ leider nur zu zugänglich. Sie brachen, nachdem sie kaum 15 Minuten beraten, den Stab und der unglückliche Holt mußte auf drei Jahre ins Zuchthaus, weil er die Wahrheit gesagt hatte.

Nicht günstiger für die Gültrower Justiz liegt der zweite Fall, der sich zwei Jahre später, im März 1902, vor demselben Schwurgericht abspielte. Hier war es ein Teller Pfälzler, der dem Angeklagten Arbeiter Harber zum Verhängnis wurde. Harber sollte nämlich in einem Prozeß, den die Polizei gegen einen Gärtniker, bei dem der sozialdemokratische Reichstagskandidat Sprechstunden mit seinen Wählern abgehalten, angestrengt hatte, die Unwahrheit beschwören, als er sagte, er habe bei einem Bekannten vor dem Gang zur Sprechstunde die erwähnte Maßzahl gemessen, während andere Zeugen erklärten, Harber habe erst nach der Sprechstunde die Pfälzler Teller gegeben. Die Polizei wollte mit den letzteren Zeugenaussagen beweisen, daß die Sprechstunde während der Redezeit abgehalten worden sei, während Harbers Aussage das Gegenteil beweisen hätte. Die Staatsanwaltschaft hatte auch in diesem Fall nichts Besseres zu tun, als gegen Harber die Meinungsbeurteilung anzutreten, indem sie den Standpunkt vertrat, Harber habe falsch geschworen, um dem Parteimitglied einen Dienst zu leisten. Und vergaß ferner vernommene Amtshauptmann des Bezirks tat nicht, um die den „Rechtsbehörden“ Parteien angehörenden Mitglieder des Schwurgerichts zu einem scharfen Urteil zu bewegen. Er erklärte nämlich, Kamini, der Wohnort des Angeklagten, sei ihm als Schwärzler in der Sozialdemokratie besonders unsympathisch, und deshalb sei auch der Leumund der dortigen Einwohner kein guter.

Die Geschworenen ließen sich auch hier unbewußt durch die Abneigung gegen die Sozialdemokratie zu einem Schuldpruch verleiten, der ohne dieses Motiv ganz unverständlich erscheinen muß. Hatte doch der Staatsanwalt selbst in seiner Anklage betont: wenn man ihn fragen würde, was er vor drei Monaten zu Mittag gegessen, würde er es nicht mehr mit Bestimmtheit sagen können. Aber jener Tag, an dem die Sprechstunde des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten in Kamini stattfand, sei für den ganzen Ort ein großer Tag gewesen, und deshalb müsse Harber sich auch noch genau jeder Einzelheit erinnern, auch was und wann er zu Mittag gegessen, müsse ihm bewußt geblieben sein! — Diese unsagbare Deduktion des Staatsanwalts machten die Geschworenen sich zu eigen. Sie verurteilten ihn der Beweiskraft der Teller, die Harber auch die anderen Zeugen irren konnten, um so mehr, als die Hauptzeugin, jene Frau, die das Essen bereitet hatte, widersprechende Angaben machte. Sie ließen auch außer Betracht, daß gerade das Gegenteil von dem, was der Staatsanwalt als „Trompf“ auspielte, wichtig ist, daß nämlich gerade an „großen Tagen“, wo das Interesse sich auf ein besonderes Ereignis konzentriert, das Gedächtnis für alltägliche Dinge weniger empfänglich ist. Sie folgten, wie gesagt, dem Staatsanwalt und Harber, der Mann, der acht Kinder zu ernähren hatte, wurde zum ehrlosen Verbrecher gestempelt und mußte zwei Jahre ins Zuchthaus!

In beiden Prozessen war die Beratung der Geschworenen außerordentlich kurz. Im Falle Holt war dies so auffällig, daß selbst ein anwesender Amtsrichter kochschüttelnd meinte, er begreife nicht, wie das so schnell gehen könne; er brauche zur einfachen Schöffensache mehr Zeit. In beiden Prozessen haben sich nachträglich auch stärkste Verdachtsmomente dafür ergeben, daß die Belastungszeugen sich getrennt haben. Im Falle Holt ist dies, wie wir bereits mitteilten, fast bis zur Gewißheit erwiesen. Und trotzdem ist noch kein Wiederaufnahmeverfahren im Gange. Trotzdem tut die Mecklenburger Justiz nichts, um sich von dem Verdacht, zwei Unschuldige verurteilt zu haben, zu reinigen. Gibt es keine Richter in Mecklenburg?

Soziales.

Der zurechtgewiesene Landrat. Am 3. Dezember vorigen Jahres wurde laut Verfügung des Landrats in Strickau, Freiherr v. Richtbofen, der Gesamtverband der Ortskrankenkassen seines Amtes enthoben, weil er sich weigerte, den bei der Kasse angestellten Kassensührer zur Vornahme von Wahlen von neu zu gründenden Kassen, die den Zweck haben sollten, die unter Leitung von organisierten Arbeitern stehende Ortskrankenkasse zu verdrängen, zu beurteilen. Auf die Beschwerde des außer Dienst gestellten Kassenvorstandes beim Regierungspräsidenten gegen den Landrat ist jetzt folgender Bescheid eingegangen:

Strickau, 16. Februar 1911.

Die von mir unterm 5. Dezember 1910 auf Grund des § 45 des Krankenversicherungsgesetzes erlassene Verfügung wird mit Wirkung vom 20. d. Mts. ab aufgehoben. Der Vorstand hat von diesem Tage ab die aus dem Befehl und der Ausführungs-Anweisung vom 10. Juli 1902, Ziffer 40, letzter Absatz sich ergebenden Befugnisse und Obliegenheiten wieder wahrzunehmen. Herr Kreis-Auskuss-Sekretär Grötel wird am 20. d. Mts., vormittags 8 Uhr, zur Übergabe in dem Kassenlokal anwesend sein.

Freiherr von Richtbofen.

Aber erst eine Beschwerde beim Regierungspräsidenten hat dem Vorstande zu seinem Rechte verholfen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein ungeheurer Beamer. Nach fünftägiger Verhandlung vor dem Landgericht in Ostholla wurde am Sonnabend der Sozialdemokrat Landtagsabgeordneter Denner wegen Betrug und Untreue zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, 500 Mk. Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre beantragt. Die Untersuchungen sind während seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Ortskrankenkasse von Wallerhausen geführt worden. Es handelt sich um eine Summe ca. 1900—1900

Markt. Wie weit die Verurteilungen auf Verhaftungsbefehl und auf Controllen in der Nacht und Gesellschaftsleitung, aber auf demselben Wege, der in der Nacht, ist für schwerer Verbrechen. Der Prozeß wird nachher von Richterband, der einen Verteidiger zur Verhandlung entsandt hatte, noch gehörig gegen unsere Partei ausgenutzt werden, wir werden deshalb gelegentlich noch ausführlicher darauf zurückkommen.

Stetige Ordnungshelden. Ein umfangreicher Verleumdungsprozeß beschäftigt gegenwärtig die Tilsiter Strafanstalt. Die Angeklagten, unter denen sich auch der Polizeibeamte Hoffmann befindet, haben dem Gemeindevorsteher und Amtsanwalt Kowalski aus Ruckheim vorgeworfen, er habe einen Ortsarmen auf der Straße erstickt lassen, mit der Tochter eines Nachwächters und mit Kellnerinnen intimen Verkehr gepflogen und Zeugen dieser Verfehlungen zu falschen eidlichen Aussagen zu verleiten gesucht. In der Verhandlung bezeichnete der beleidigte Gemeindevorsteher den Polizeibeamten Hoffmann als eigentlichen Urheber der Anschuldigungen. Als Vorzeileiter des Ruckheimer gab er folgende Charakteristik des Ordnungshüters: Hoffmann habe sich fortgesetzt der Beleidigung schuldig gemacht. Sämtliche Kellnerinnen hätten ihm zu Willen sein müssen, Widerstrebende habe er aus ihrer Stellung zu bringen versucht. Gastwirte seien von ihm schikaniert worden. Drohenden Strafanzeigen sei er durch Anzeigen zuvorgekommen und habe auch in vielen Fällen den Erfolg gehabt, daß die Leute bestraft wurden, weil ihm vor Gericht mehr Glauben als den Beschuldigten geschenkt worden sei. Ferner liege der Verdacht nahe, daß Hoffmann bei einem Getreidebstahl Schütze gestanden habe. Als der Gemeindevorsteher vom Vorhandensein des Gerichts gefragt wurde, ob er selbst mit Kellnerinnen intim verkehrt habe, sagte er in einem Falle, er glaube das nicht, in einem anderen Falle bestritt er es. Die Verhandlung ist noch nicht abgeschlossen.

Aus Nah und Fern.

Liebesdrama. In dem Hause Ruhlandstraße Nr. 189 in Berlin hat sich ein Liebesdrama abgepielt. Man fand dort die Studentin der Medizin Helene Löwinsky mit durchschnittenen Pulsadern tot vor. Auf dem Sofa lag bewußtlos der 27jährige Kandidat der Jahresheldentat mit einer Chloroform-Maske. Es gelang jedoch, ihn wieder ins Leben zurückzurufen. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß ein gemeinsamer Selbstmord beabsichtigt war, da ihrer ehelichen Verbindung die Weigerung der Eltern entgegenstand. Ist wurde als Polizeigefangener ins Krankenhaus gebracht. Er hat seine Geliebte mit ihrem Einverständnis chloroformiert und ihr dann die Pulsadern aufgeschnitten.

Der unbekante „Franz“ des Raubmörders Heinitz? Der Dienstknecht Hermann Franz, der unlängst vom Schwurgericht in Neuruppin wegen Ermordung des Kleinschen Ehepaares in Schönhausen und wegen Notzucht zweimal zum Tode und zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, hat sich im Gefängnis, wo er nach seinem Todesurteil an Händen und Füßen gefesselt gehalten wird, den Wärtern gegenüber dahin ausgesprochen, daß er noch andere Verbrecher auf dem Gewissen habe. In den letzten Tagen hat er Andeutungen gemacht, er sei an dem Mord beteiligt gewesen, wegen dessen vor einigen Jahren der Raubmörder Heinitz in Böhmen hingerichtet wurde. Heinitz, auf den damals die Berliner Polizei die Aufsehen erregende ergebnislose Jagd über die Dächer unternahm, hatte wie erinnerlich, damals noch auf dem Wege zum Schloß betreten, er habe den Mord nicht allein ausgeführt, sondern daran sei noch ein anderer mit dem Namen Franz beteiligt gewesen. Beide hätten damals einen Kellner mit einer Rautionsumme in den Grünwald gelockt und erschossen. An dem von Heinitz angegebenen Namen Franz hegen die Gerichte Zweifel und glauben an den bekannten „großen Unbekannten“.

Brennen gerettet. Während die Militärbehörde in Halle a. S. den Soldaten befohlen hat, den Besuch von Kinematographentheatern zu unterlassen, solange dort Bilder vom Begräbnis Paul Singers vorgeführt werden, hat die Polizeiverwaltung von Mecklenburg die Vorführung der staatsgefährlichen Filme überhaupt untersagt. Gründe für ihr Vorgehen hat die Polizei nicht angegeben.

Der Frauenmord bei Stolp. wo am 28. Januar die Arbeiterin Gorgotewski auf einem Feldweg ermordet und ihrer Vorkraft von 10 Mk. beraubt worden war, ist jetzt aufgeklärt. Der Täter ist ein Arbeiter Hartmann, der bereits ein Geständnis abgelegt hat. Er hat die Frau mit einem Strick erwürgt und ihr dann das Geld entziffen.

Bergmannstos. In der verflochtenen Nacht stürzte infolge eines Wassersturzes ein Schicht der Braunkohlengrube „Konordia“ bei Ober-Hartmannsdorf ein. Drei Bergleute wurden verschüttet. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

Von einem Schuhmann erschossen. Ein schwerer Kampf zwischen Schulden und einem Expedienten spielte sich gestern in Ludwigshafen ab. Der 27jährige Tageslöhner Karl Hehl drohte in einer Gattungsfrage seiner Geliebten, daß er sie todschießen werde. Als man ihn aus dem Lokal entfernen wollte, gab er auf den Wirt und dessen Frau eine Revolverkugel ab, die aber nicht traf. Dann floh er und wurde von Schulden und Passanten verfolgt. Auf der Flucht gab er auf seine Verfolger anbauend Schüsse ab und verletzte einen dreißigjährigen Arbeiter namens Groß lebensgefährlich durch einen Schuß in den Kopf. Da er auch auf die Schuldeute schob, erwiderten diese das Feuer und Hehl brach plötzlich durch drei Kugeln getroffen zusammen. Wenige Minuten darauf starb er.

Einen gefährlichen Selbstmord verübte ein Geizier auf der Zeche „Concordia“ bei Oberhausen, indem er sich in die Kesselfeuerung stürzte, er verbrannte vollkommen.

Den Freigesprochenen im Essener Meicidprozess ist eine große Zahl Zuschriften und Glückwünsche zugegangen, die in der „Bergarbeiterzeitung“ Erwähnung finden. Im letzten Glückwunsch wird gesagt, daß der Freispruch nur dem Urteil aller Instanzen entspreche. So, Instanzen! Der preußische Bureaucratismus mußte sich noch an den Kindern der Verurteilten rächen. Er mußte den Kindern in ihren Alten nachhaken, daß ihr Vater ein Zuchthäuser war. Als die Tochter von einem der Verurteilten vor wenigen Jahren in den Ehestand treten wollte und hierzu ihre Papiere benötigte, konnte festgestellt werden, daß sich darin der Vermerk befand: Vater ist der mit Zuchthaus bestrafte. Man sollte es kaum für möglich halten, daß menschliche Herzlichkeit, Grauland und Ungerechtigkeit so weit gehen könnten! Wenn der Vater wirklich schuldig wäre, sprich es denn trotzdem nicht aller Menschlichkeit und Gerechtigkeitohn, die Kinder darunter leiden zu lassen? Um so wichtiger wird das Mitgefühl, die warme Sympathie, welche

alle rechtlich denkenden Menschen den Opfern des Essener Meicidprozesses bezeugen.

Der Reichstags- und Landtags- Abgeordnete Dr. Heinitz hat in der Nähe von Stolp ein Automobil gekauft, welches die beiden Abgeordneten zur Befahrung von einer Versammlung benutzen, in die Nähe der Stadt Lemgo kam, wurde es mit einem wahren Hagel von Steinen empfangen. Einer der Steine traf den Chauffeur ins Gesicht, wodurch dieser die Gewalt über die Steuerung verlor. Das Automobil geriet an eine Waghöhe und nur einem Baume ist es zu verbleiben, daß es nicht in die Tiefe in einen mit Wasser gefüllten tiefen Graben geriet. Die beiden Abgeordneten und ihre Begleiter mußten zu Fuß nach Lemgo gehen, da das Automobil derart beschädigt war, daß es nicht wieder in Gang gebracht werden konnte. Der Chauffeur mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Wie sich jetzt herausstellt, haben die rache-tat drei Landleute und ein Handlanger ausgeführt, deren Namen bereits festgestellt sind. Sie gehören dem Bund der Landwirte an. Daß ein politisches Mordstück vorliegt, geht daraus hervor, daß ein anderes Mitglied des Bundes der Landwirte in einer Versammlung am gleichen Abend Auförungen geäußert, die auf den Streich hinwiesen. In der Tat eine recht vornehme Kampfweise dieser Mitglieder des Bundes der Landwirte!

Gibt es einen St. Bureaucratismus? Diese Frage, die im ganzen Deutschen Reich lebhaftes Interesse erwecken dürfte, will der juristische Bürgermeister von Rüdelsheim am Rhein zum gerichtlichen Antrag bringen, indem er bei der Wiesbadener Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Verleumdung des Rüdelsheimer Magistrats, vertreten durch ihn selbst, gegen einen Mainzer Journalisten gestellt hat. Der Sachverhalt ist folgender: Im Dezember 1909 bestellte ein Rüdelsheimer Einwohner per Postkarte bei der Stadtverwaltung im nahen Rüdelsheim, die Postkarte ging aber mit der Bezeichnung „Annahme verweigert“ zurück, weil bei Rüdelsheim die nähere Bezeichnung „am Rhein“ fehlte. Es gibt nämlich noch ein Rüdelsheim, ein kleines Dorf bei Kreuznach, das jedoch im vorliegenden Fall schon deshalb nicht in Frage kommen könnte, weil es kein Gaswerk hat, also auch keinen Roks liefern könnte. Die Nichtannahme der Postkarte stellte somit eine geradezu typische Handlung von jener Art dar, die ständig in sämtlichen Zeitungen als „Bureaucratismus“ unter Eitelkeit wie „St. Bureaucratismus“ bezeichnet wird. Der Bürgermeister von Rüdelsheim meint nun, das bloße Wort „Bureaucratismus“ sei beleidigend, wenn damit auch eine wirklich unverständliche Handlung getroffen werden solle. Er gibt in seiner Klageschrift den geschilderten Tatbestand an, findet aber in der Abschrift eines von dem Angeklagten verfassten humoristischen Gedichtes „St. Bureaucratismus am Rhein“ und in der Textstelle „So will es Bureaucratismus, der irgend was doch wollen muß“ eine beleidigende Lächerlichmachung seiner Person, bezw. der Stadtverwaltung von Rüdelsheim. Ob die Staatsanwaltschaft wirklich zur Erhebung der Anklage kommen wird, muß stark bezweifelt werden.

Der Sturm. Durch den Freitag und Sonnabend in Wien herrschenden Sturm dürften über hundert Personen ernstlich verletzt worden sein. Auch wurden zahlreiche Wagen umgeworfen, wodurch Verkehrsstörungen verurteilt wurden.

Strafverfolgung eines Parlamentariers. Die italienische Deputiertenkammer hat die Strafverfolgung gegen den Deputierten Montagagna, Vorsitzenden des Ausschusses der Römischen Spiritusgesellschaft, wegen Fälschung öffentlicher Urkunden, Beamtenbestechung und Bereicherung gegen die Spiritus- und Ostralgesehe genehmigt. In der Angelegenheit handelt es sich um die von uns vor einigen Tagen mitgeteilte in die Millionen gehenden Unterschleife bei der Fabrikation und Besteuerung von Spiritus. Montagagna hat alle Mittel der Korruption spielen lassen, um für sich und seine Freunde riesigen Profite auf betrügerischer Grundlage zu erzielen.

Ein pestverdächtigtes Schiff. Im Hafen von Antwerpen ist am Freitag ein Dampfer Bucaly eingehaulen, an dessen Bord sich zahlreiche pestverdächtige Ratten befanden. Die davon benachrichtigten Sanitätsbehörden haben sofort für eine eingehende Desinfizierung des Dampfers und für Vernichtung der Ratten gesorgt. Die Mannschaft des Schiffes darf dasselbe vorläufig nicht verlassen.

Erdbeben. Gestern vormittag gegen 8 1/2 Uhr wurde in dem italienischen Ort Forti eine starke Erderschütterung von 7 Sekunden Dauer verspürt. Viele Häuser wurden leicht beschädigt; eine Anzahl Schornsteine sind eingestürzt. Zwei Personen wurden leicht verletzt, darunter ein Ingenieur, der zu den Überlebenden der Katastrophe von Messina gehört. Auch die Ortschaft Teodorana soll Schaden genommen haben. — Die Wirkungen des Erdbebens sind auch in dem in der Nähe von Forti gelegenen Gessenia verhängt worden, wo viele Häuser erschüttert wurden. Die Gestrühtungen wurden ferner in Gaenza, Benediga, Senna, Storzen, Spezia und Rimini wahrgenommen. Schaden ist in diesen Städten nicht angerichtet worden. — In Bachrowa und Orzida des Vilajets Monastir (Türkei) zerbrach ein heftiges Erdbeben an 300 Häuser und das Minaret der Hauptmoschee.

Schzehn Menschen im Schneesturm umgekommen. Wie erst jetzt bekannt ist, stürzten am 6. Februar während eines Schneesturms in der Antileben-Waldung in Transkavien viele Häuser ein, wobei 12—13 Menschen und viel Vieh umgekommen sind. Menschen und Vieh sind vielfach unterwegs im Schnee stecken geblieben. Die Bevölkerung leidet Not.

Tropenkiller. Beim Reichskolonialamt ist eine Schreckensliste aus Kamerun eingetroffen. In Buea, am Sitz des Gouvernements, hat der in der ersten Dienstperiode stehende Sekretär Kerner in einem Unfall von Seineskrankheit den Bezirksleiter Bierbach und den Sekretär Galle erschossen, die Sekretäre Nagel und Schmale leicht verletzt und dann sich selbst erschossen.

Raubmord in Rom. In der Nacht zu Sonnabend ist im Zentrum Roms, dicht an der Piazza Colonna ein furchtbarer Mord verübt worden. Der Wächter der Kleinen Bank Valent und dessen Frau wurden erschossen. Die Bank wurde völlig ausgeraubt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Drei Entlastungen den Rhein bargeworfen. Verschiedenen Gerichten zufolge hat sich im Laufe des Jahres in der geheimnisvollen Drama abgepielt. Es wird behauptet, daß drei Negertinnen des Katalies infolge von Meinungsverschiedenheiten, welche unter den Frauen des Rucks, ausgebrochen waren, vom Sultan den Tod zum Fraße vorgeworfen worden sind. Es wird ferner mitgeteilt, daß Mikat Hand mehrere Frauen hat ins Gefängnis werfen und verurteilen lassen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steinhilber.
Berleger: Th. Schwabe, Druck: F. L. S. & Co. Camilla in Lübeck.

Gebr. Barg Tel. No. 1799
Lübeck.
Manufaktur- und Leinwand-
Aussteuer-Artikel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Ein-
kauf von **Margarine**
verlange man ausdrücklich die
erstklassigen Margarine-Marken
der
A. L. Morf
Firma G. m. b. H. Altona-Bahrenfeld.
Überall erhältlich!

Erste
dreimal
wöchentlich

Thür. Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
Tel. 8971 August Scheerer Tel. 8973
Holstenstr. 19. Tel. 8972
Hüxstr. 22/24. Tel. 8977.
Warendorferstr. 21. Tel. 8976.
Breitestr. 44. Tel. 8974.
Mühlengr. 20. Tel. 8975.
Parovallstr. 32. Tel. 8978.

Bezugsquellen-Verzeichnis

H.E. Koch Möbelhäuser
bekannt f. gute u. bill. Möbel-
Aussteuer-Lief. Sofas, Stühle, Spiegel,
Matratzen. Musterb. grat. Lief. frei.

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf. 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Schulwarenhaus A. Popp, Breite-
str. 7.

Den Lesern bei
Einkäufen aufs
beste empfohlen

F. G. Stooss
Fischer-
grube 25

A. N. Becker
Uhrmacher
Uhren und
Goldwaren
Spezialität:
Trauringe
Holstenstr. 32

Abzahl.-Geschäft
S. Sachs, Lübeck, Schmiedestr. 2.

Arb.- u. Berufs-Kl.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. M. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
K. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Brauereien
Chr. Bade, Hüxstr. 128,
H. Braunbler.
Jan' Flemming, Engels-
grube 62/64.
Elmer, Braun- und Doppelbier.
Grabower Motbier Haus. Biererei.
L. Meyenberg, Warendorferstr. 52/54.

Adolf Osbahr,
Inh. Fr. Kropf, Glockengießerstr. 87.

Braunbler
Hermann Stamer.

F. Weiermiller, Schwartauer
Allee No. 3b.
Elmer, b. Meyenberg, Warendorferstr.
Engelsgrube 17/19.
Heinr. Willeken, H. Braunbler.
Franz Langloh, Schlutup
H. Braunbler.

Fahrr., Nähmasch.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Rath,
Frister & Rodmann - Nähmasch.
Fraser Busse, Wahnstr. 42.
Rich. Israel, Allee 31.
Otto Dortmund, Schwart. Allee 99.
Eig. Repar.-Werkst.
Heinr. Körner, Lübecker Fahrräder.
Hugo Meter, Wahnstr. 21.
St. Gertrud-Fahrradhaus, Joh. Meter,
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
O. Störzner, Hüxstr. 54; Johannesstr.
Mangla, Wasch- u. Wringm.
Friedenstraße 1.
Th. Vedder, Sämtliche Repara-
turen für Fahrräder u. Nähmasch.
werden gut und billig ausgeführt.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.
Johs. Marks, Schlutup.
H. Krohne, Schwartau, Löh-Str. 71
Rep. Sämtl. Ersatzz.

Glas und Porzellan
A. F. Römling, Lübeck,
P. Draguhn, Schwartau, Löh-Str. 81.
Tel. 1138. Glas, Porzellan u. Steingut.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.

Gold-, Silberw.
Johs. Bernhardt, Lübeck
Hüxstr. 25.
A. Braun, Goldschmied, St. Petri 15.
Johs. Tollgreve, Goldschm., Königstr. 62.

Handels-Lehranst.
Björkman, Lübeck, Beekgr. 181-
Behördl. genehmigt.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Gummi-, Bandag.
F. W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.
Gummi-Spezial-
Gesch. Breitestr. 60.

Wessels

Kolonial-, Fettwar.
Karl Barkmann, Schlutup.
P. Draguhn, Schwartau, Löh-Str. 81.
Louis Rathmann, Schwartau.
Herm. Kadow, Seeretz.
Heinr. Loppenthien, Seeretz.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am
Platz. Vollendetste Vorführ. lebender,
singer, sprechender Photograph.

Korbw., Kinderwag.
K. Schulmerich, Mühlen-
str. 23.
W. Oldenburg, Hüxstr. 90.
J. Redemann, Oldesloe, Langest. 8.
Joh. Draguhn, Schwartau, Markt 12.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31.
Heick & Schmaltz, Sand-
str. 11.
H. Hornbogen, König-
str. 71.
Friedr. W. Koch, Holstenstr. 7.
Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
M. Schläger, Glockengießerstr. 44.
Hans Struve, Königstr. 89.
O. Sünnewald, Lindenstr. 39.
Max Wischendorf, Hüxstr. 123.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
H. Ohde, Moisinger Allee 6a.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
K. Ramm, Schlutup.

Piano-Magazine
Hausmann, Johannistr. 14. Ver-
kaufl. Vermittl., Repar.
Breitestr. 40. Neue u.
F. W. Kaibel, Gebr. Plan. in all. Preisl.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 33.
am Kreuzweg,
Gasthof E. Cordts, Seeretz.

Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, Lübeck, Krähst. 15.
Pa. Robfleischwaren.
Ob. Trave 12. Tel. 1664.
H. Dieckhoff, Sp.: Robfleischwaren.
Loignystraße 8.
Maril. - ff. Beef-
steaks u. Gebäck-
steine frisch v. Eis.
Dankwartsgr. 34.
Ernst Wulff, Tel. 958. Täglich
frische Scheiben und Gehacktes.
H. Wulff, Fischegr. 10.
Telephon 1149.
H. Jäde, Schwartau, Hanitzu-Alt. 15.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Pfeifen, Schwartau.

Schreibwaren
Aug. Burmeister, Lübeck,
Fackelb., Fackelb., Allee 48.
Carl Ehler, Schwart. Allee 85.
Th. Linn, Glockengießerstr. 23.
M. Maxein Wwe., Moisinger Allee 40a.
Mühlengrube 2a.
Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken.
Otto Wessel, Moisinger Allee 4a.
H. Bruhn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Art. z. Krankenpfli.
F. W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.
F. W. Heyde, König-
str. 38.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pape, Wickede 3. Tel. 1487.
H. Rühl, Hüxstr. 34. Lieferant
d. Ortskrankenkasse.
J. Range, Moisinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Riehlson, Königstr. 111. Tomb.-
u. Kegelsch.

Brennmaterialien
Otto Höfke, Lübeck, Blankstr. 14a.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Buchhandlung
W. Behlendorf, Lübeck, Hüxstr. 71.

Bürsten, Käme
H. Hagenström, Lübeck, Königstr. 80.
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehdign.
Joh. Bentin, Lübeck, Hüxstr. 42.
Fleischhauerstr. 4.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Inhaber: H. Scheel,
Kupferschmiedestr. 7.
Ob. Wahnstr. 6.
C. Krapp
Eierhand-
lung
on gross, on detail

H. Philipp, Fackelb. Allee 90.
Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
L. Schnoor, Wagnitzmauer 82.
J. Semrau, Braunstr. 32.
Th. Storm Naehl, Königstr. 98. T. 473.
Inh. on gross, on detail.
Lübecker Butter-Haus,
Fr. Warnecke, Breitestr. 1/5.
Wahn-
str. 10.

Farben u. Lacke
W. Bandholz, Lübeck, Hüxstr. 92.
F. Pöhlmann, Pöhlmann-
"Bandol".
J. Becker, Dornestr. 29.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöft.
Hansa-Drogerie, Fackelb., Allee 10.
Reichhaltiges Lager mod. Tapeten.
Heinr. Heickendorf, Markt 15/16.
W. Hohenschild, Marist. 42. P. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Ang. Prösch, Mühlengr. 38.
J. Range, Moisinger Allee 6a.
Otto Schlicke, Fackelb., Allee 70.
Hr. Theilbahr, Schlutup, Löh-Str. 66.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Fleisch- u. Wurstw.
Emil Aland,
W. Schmidt Nachfgr., Lübeck,
Mengstr. 2. Wurst und Aufschnitt.
Paul Boldt, Wahnstr.
22.
Hans Gerds, Elfwigstr. 1a.
ff. Aufschnitt.
Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Glipp, Moisinger Allee 4.
Markt 2.
Johs. Heick, Kohlmart 14.
Spezialität: Prima Fleischwaren.
Beckergrube 30.
Carl Joost, Wurstfabrik T. 1450.
Sadowastr. 35. Erst-
klassige Ware billig.
Herm. Käbler, Schwartauer Allee 65.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
Heinr. Kohl, Moisinger Allee 57.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackelb.,
Allee 34a.
J. F. B. Grube, am Markt.
Carl Hartmann, Glandorferstr. 2.
Hüxstr. 116. T. 1159.
W. Klüssendorf, Sp.: Gaskr., Kocher
u. Platten, Blechr.-App., Bade-Einr.
Bernhd. Neumann, Balauerstr. 12.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.

Riesenbazar P. Cagna
Breitestr. 33
Vort. Baz.
C. Rittscher Holstenstr. 34. Sp.:
Emallie-Geschirre.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
F. Vester, Neuhof b. Reinfeld.
Raths Central-Bazar, Oldesloe.
W. Maab, Reinfeld.
M. Kranz, Schlutup, Westloerstr. 11.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren-Artikel
Hans Kamerhuis
Ob. Wahnstr. 17.
Wäsche, Krawatten, Hüte.

Putzbach & Reimers
Lübeck, Breitestr. 25.
Spezialgeschäft f. Herrenartikel.
Emil Württenberger,
Kohlmarkt 8. - Spez. Hüte - Markt 6.
Wäsche, Krawatten, Unterzeug.

Lederwaren, Koffer
Alex. Krock, Lübeck, Königstr. 47.

Manufakturwaren
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Feldmeyer, Slump & Eiberfeld.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hungen-
hagen 1.
Theodor Vagt,
J. Behrens, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Max Kankel, Schlutup.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.
V. Schnap, Schwartau.

Schuhwaren
Herm. Bade, Lübeck,
Märtenstr. 24.
Mühlengr. 4 und 38.
Speziell für Arbeiter.
E. Baer, Spezial für Arbeiter.
Pfeiferstr. 3. b. d.
Schwart. Allee.
W. Blumenthal,
Kohlmarkt, Ecke Sandstr.
Schwartauer Allee, Ecke Geversd.
Balauerstr. 5.
P. Beeck, Maß. Reparaturen.
Schwartauer Allee 4.
Carl Buchholtz, - Record-Stiefel.
Friedr. Busch, Mühlengr. -
Schuhwaren-Haus.
H. Fehlauer, Engelsgrube 81.
Franzen & Co., Holsten-
str. 16.
Zum billigen Schuhladen,
W. Kracht, Pfaffenstr. 15.
F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur.
Reetz & Kremin, Geogr. 40.
Chr. Reiden, Schwönekquerstr. 25.
Billige Bezugsquelle.
H. P. Chr. Schleich, Schlup-Str. 31.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Richard Wagner, Reinfeld.
K. Ramm, Schlutup.
A. Brede, Schwartau.

Bäckereien
Paul Burmeister, Lübeck, Lg. Lohbe. 43.
Dampf-B. u. Kondit.
Dampfbäckerei Hansa
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
J. Eixmann, Fischer-
grube 47.
T. F. Hinrichs, Moisinger Allee 43.
W. H. Hüper, Becker-
grube 76.
M. Jürgstorf, Warendorferstr. 36.
Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß-
u. Grobbäckerei.
R. Kasch, 52. Fein-, Weiß-
u. Grobbäckerei.
W. Krahn, Fackelb., Allee 57a.
Schlum-Str. 1. Sp.:
A. Metelmann, Kond., Feinbäckerei.
Heinr. Tamm, Wickede 20.
E. Reinhold, Eutin, Kiekerstr. 34.
E. Reinhold, Weib-, Fein-, Grobbäckerei.
Moisinger, Grob-
bäckerei.
L. Schümann, Reinfeld, Kirchsteig.
Fein-, Weiß-, Grob-
bäckerei.
Joh. Elvers, Schlutup,
Lübeck, Hüxstr. 46.
Erstklass. Ware. Reelle Bedienung.
Schlutup.
Ad. Hinzelmann, Westloer-
str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
Schlutup.
B. Plath, Lübeckstr. 3.
Herm. Steffen, Seeretz.
W. Steinhoff, Travemünde.

Cacao, Chocoll., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Chem. Färb., Wäsch.
Alw. Karstadt, Lübeck, Holstenstr.
20, Warend.-Str. 30.
C. Monica, Kupferschmiedestr. 13.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmeister, Lübeck, Fackelb., Allee 48.
Fackelb., Allee 11.
H. Böttcher, Cig. i. allen Preislagen.

Conrad Hardt
Hüxstr. 126.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
M. Henke's Wwe., Böttcherstr. 30.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kieck, Engelsgrube 80.
F. Langermann, Mühlengrube 4.
Seiditzstr. 18. Ct.
Alb. Meyer, Engelsgrube 89.
Heinr. Möller, Holstenstr. 19a.
A. Riecken, eig. Fabr., Schw. Allee 63.
Königstr. 48b. "Cigarre".
Otto Schlamm, hochl. 6-Pl. Cigarre.
Karl Schmidt, Töpferweg 70.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
M. Vosgerat, Balauer-
str. 19.
Carl Wittfoot, Hüxstr. 18.
W. H. Bänk, Eutin, Lübeckstr. 34.
C. Bruhn, Cigarrenfabrik, Reinfeld.
H. Timm, Schwartau, Löh-Str. 2.

Herren- u. Knab-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Lübeck,
Franzen & Co., Holstenstr. 16.
Albert Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
A. Lenz, Oldesloe, Besthorstr. 10.
Ch. F. Stahmer, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.
H. Mann, Schlutup.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.
Breite-
str. 20.
Lorenz Richter, Hüx-
str. 26.
Walter Stalbohm, Hüx-
str. 26.
Hans Struve, Königstr. 89.
Johs. Tralow, II. ob. Wahnstr. 11.
Spezial: Pelzwaren.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.
G. Woltmann, Breitestr. 27.
Hüte, Mützen, Schirme.

Möbelmagazine
Gustav Busch, Vort. Bezugs-Qu.
Märtenstr. 3. Fern-
ruf 73. Gr. Ausst.
bill. Preise. Wertest. Gar. u. Garant.
Liefer. frei Haus auf eig. Möbelw.
Hansa-Meiererei ist die
Amme Lübecks u. Umland
von Milchprodukten aller Art

Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rieker. Vorteilhaft
Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144.
Milch und ff. Molkereiprodukte.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Stahl-, Eisenwaren
Otto Boier, Schlämmer-Str. 4.
Schleifer u. Siebmacher.
Franz Genzmer, Fackelb. Alt. 100b.
Ferruf 1031.
J. F. B. Grube, am
Markt.
Unt. Hüx-
str. 108.
Martin Jürgens, Sp.: Rastmesser.
Hohlschleiferi. Sp.: Rastmesser.
Carl Rittscher, Holsten-
str. 31.
Hüxstr. 46. So-
liger Stahlwaren.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Georg Behnck,
Lübeck, Warendorferstr. 4. T. 2186.
Central-Beerdigungsinstitut
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
Paulstr. 16. Särge
L. Wulff, in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn,
Wahnstr. 79. Übern. ganzer Beerd.
Eigene Leichen- u. Transportwagen.
Lübeck, Schwart. Allee 193.
Lager fertiger Särge.
H. Griebel, Eutin, Weidestr. 14.
G. Wackenhut, Fackelb.,
L. Krim, Holz- und Metallwaren.

Damen-Kleiderstoffe
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Hans Struve, Königstr. 89.

Damen-Konfektion
Gebr. Hirschfeld, Lübeck,
Breitestr. 39/41.
Hans Struve, Königstr. 89.

Dampfwäsch.-Plättanst.
Pariser Wäscherei, Paul
Dücker,
Loignystraße 3. Fernruf 135, 529.
Grub-Haus,
Wäsche-Verleih-Institut T. 1623.
Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche.
Karl Pape, Wickede 3. Tel. 1487.
W. Röpke, Friedenstr. 60.
Hansa, 60. Fernruf: 2274. 999.
W. Krüger, Taschenstr. 27. Fernruf: 16.

Frisure, Parröm.
Heinrich Koch, Lübeck, Mariesgr. 6.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.
M. Lanck, Wahnstr. 71.
Franz Ad. Richter, Wwe. b. St. Johann.
Ang. Schmidt, Ratzebg. Allee 44.
A. Litzneroth, Moisinger.
J. Wischendorf, Schlutup, Löh-Str. 46.
B. Adler, Schwartau, Löh-Str. 34.

Galant-, Spielwar.
Jonis Bon, Lübeck, Breitestr.
33a. Vorteilh. Bez-
ugsquelle f. sämtliche Geschenkartikel.
C. Blassat Wwe. Sandstr. 9.
Raths Central-Bazar, Oldesloe.
M. Kranz, Schlutup, Westloerstr. 11.
Jacobsen's Bazar, Schwartau, Löh-Str. 34.

Gardinen, Teppiche
Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.

Kolonial-, Fettwar.
H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 32.
Otto Bähk, Friedenstr. 76.
Fedor J. Behm, Hansastr. 97.
Friedr. Berger, Warendorfer-
str. 32.
Johanna Beutla, Hüxstr. 42.
J. Binias, Fleischhauerstr. 114.
Adolf Barmerster, Reiferstr. 43.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arminstr. 1a.

Aug. Dibbert,
Tunkenhagen 20. Vorteilhafte Bez-
ugsquelle für Tonwaren, Pantoffel.
F. Doß, Gr. Gröpelgrube 19.
Heinr. Franck, Wahnstr. 67.
W. Fischer, Schwönekquerstr. 11.
Adlerstr. 38.
Georg Hartkopf, Drogen u. Farben.
Fritz Hartmann, Krähst. 12.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Heinr. Heidtmann, Warend.-Str. 72.
Otto Höfke, Blankstr. 14a.
Carl Hudofsky, Marlistr. 44.
Johannes Kohl, Wickede 52.
C. Lender, Hundestr. 42.
D. Lereb, Lg. Lohberg 37.
Heinr. Lohse, Johannistr. 65.
Ernst Lüth, Spillersstr. 5.
Joh. Müller, Hartengrube 21.
Eig. Kaffeeösterei.
K. Pagels, Glockengießerstr. 71.
S. Resenhöft, Schwönekquerstr. 26.
Emma Runge, Cronst. Allee 105.
M. Schwang, Paulstr. 11a.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
Joh. Schwabrohn, Moisinger Allee 33.
J. Semrau, Braunstr. 32.
Joh. Timm, Schwartauer
Allee 131a.
Fackelb.,
Ecke Fünth. 33.
L. Weimann, Maibumenstr. 6/8.
Heinrich Wille, Lg. Loh-
berg 1.
H.F. Falckenberg, Eutin, Kiekerstr. 25.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
H. Ohde, Moisinger.
Rich. Witten, Oldesloe, Langest. 24.
Heinr. Weimann, Reinfeld.
W. Maab, Reinfeld.

Molkereiprodukte
Hansa-Meiererei ist die
Amme Lübecks u. Umland
von Milchprodukten aller Art

Musikhaus Jack,
F. W. Kaibel, Breitestr. 40.
Meyer & Eggert, König-
str. 116.

Ost u. Südfrüchte
R. Christoffersen, Lübeck,
Holstenstr. 42.
Sophie Aster Wwe., Fischegr. 49.
Amanda Voß, Lg. Lohberg 50.

Optik u. Mechanik
Hugo Meier, Lübeck, Wahnstr. 21.
Carl Volger, Optisches Spe-
zial-Geschäft,
56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck,
Gr. Burgstr. 15.
Breitestr. 13. Photo-
graph. gut u. billig.
Jul. Pingel, Johannstr. 15.
Breitestr. 39.
Samson & Co., Fernruf 1087.
Erstes u. größtes Atelier mit billigen
Preisen am Platz.
Th. Bruh, Reinfeld, Bahnhofstr.

Tapeten, Linoleum
Carl Bealeke, Lübeck, Königstr.
48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.
E. Niese, Schwartau, Löh-Str. 52.

Trikot-, Strumpfware.
E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 15.
H. Hornbogen, König-
str. 71.
Friedr. W. Koch, Holstenstr. 7.
Hans Struve, Königstr. 89.
Carl Bock, Pinthausstr. 29.
Spezialgeschäft für Strickerei.

Besohlmaschinen
Lübeck, Schwart. Allee 4.
"Besohlmasch. Elektrik".
H. Fackel, Gr. Gröpelgrube 14.

Hansa J. Dettmann
Beckergrube 51.
W. Hinz, Schlämmerstr. 33.
Warendorferstr. 20.
J. Lühmann, Fackelb.,
Kupfer-
schmiedestr. 3.
Johannes Voß, Hüxstr. 90.

Betten, Bettfedern
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
L. Duve, Große Burgstr. 32.
J. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Richard Wagner, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.

Drogenhandlungen
Otto Bähk, Lübeck, Friedenstr. 76.
Fedor J. Behm, Hansastr. 97.
Heinr. Heidtmann, Warend.-Str. 72.
Johannes Kohl, Wickede 52.

Drogerien
J. Becker, Lübeck, Dornestr. 29.
F. W. Busch, Roekstr. 5b.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöft.
Bur-Brewer, H. Oelgart Nachf.,
Gr. Burgstr. 44.
W. Hohenschild, Marist. 42. P. 736.
Christoph Jensen, Pfaffenstr. 21.
Henry Möller, Blücherstr. 21.
Carl Maab, Schwartau (Eig. Repar.).
Karl Pape, Wickede 3. Tel. 1487.
Ang. Prösch, Mühlengr. 38.
J. Range, Moisinger Allee 6a.
Otto Schlicke, Fackelb., Allee 70.
H. Theilbahr, Schlutup, Löh-Str. 66.
Adler-Drogerie, Schwartau.
H. Loppenthien, Seeretz.

Fabrik., Nähmasch.
H. Bade, Lübeck, Mühlengr. 2.
Exp. Weib- u. Fein-
bäckerei.
H. Bentin, Fackelb.,
Allee 33.

Herren- u. Knab-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Lübeck,
Franzen & Co., Holstenstr. 16.
Albert Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
A. Lenz, Oldesloe, Besthorstr. 10.
Ch. F. Stahmer, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.
H. Mann, Schlutup.

Möbelmagazine
Gustav Busch, Vort. Bezugs-Qu.
Märtenstr. 3. Fern-
ruf 73. Gr. Ausst.
bill. Preise. Wertest. Gar. u. Garant.
Liefer. frei Haus auf eig. Möbelw.
Hansa-Meiererei ist die
Amme Lübecks u. Umland
von Milchprodukten aller Art

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Georg Behnck,
Lübeck, Warendorferstr. 4. T. 2186.
Central-Beerdigungsinstitut
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
Paulstr. 16. Särge
L. Wulff, in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn,
Wahnstr. 79. Übern. ganzer Beerd.
Eigene Leichen- u. Transportwagen.
Lübeck, Schwart. Allee 193.
Lager fertiger Särge.
H. Griebel, Eutin, Weidestr. 14.
G. Wackenhut, Fackelb.,
L. Krim, Holz- und Metallwaren.

Damen-Kleiderstoffe
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Hans Struve, Königstr. 89.

Damen-Konfektion
Gebr. Hirschfeld, Lübeck,
Breitestr. 39/41.
Hans Struve, Königstr. 89.

Dampfwäsch.-Plättanst.
Pariser Wäscherei, Paul
Dücker,
Loignystraße 3. Fernruf 135, 529.
Grub-Haus,
Wäsche-Verleih-Institut T. 1623.
Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche.
Karl Pape, Wickede 3. Tel. 1487.
W. Röpke, Friedenstr. 60.
Hansa, 60. Fernruf: 2274. 999.
W. Krüger, Taschenstr. 27. Fernruf: 16.

Frisure, Parröm.
Heinrich Koch, Lübeck, Mariesgr. 6.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.
M. Lanck, Wahnstr. 71.
Franz Ad. Richter, Wwe. b. St. Johann.
Ang. Schmidt, Ratzebg. Allee 44.
A. Litzneroth, Moisinger.
J. Wischendorf, Schlutup, Löh-Str. 46.
B. Adler, Schwartau, Löh-Str. 34.

Galant-, Spielwar.
Jonis Bon, Lübeck, Breitestr.
33a. Vorteilh. Bez-
ugsquelle f. sämtliche Geschenkartikel.
C. Blassat Wwe. Sandstr. 9.
Raths Central-Bazar, Oldesloe.
M. Kranz, Schlutup, Westloerstr. 11.
Jacobsen's Bazar, Schwartau, Löh-Str. 34.

Gardinen, Teppiche
Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.

**Komitee- und
Kommissionssitzungen**

Transportarbeiter!

Vorstandssitzung
Dienstag 7 1/2 Uhr.

Martha Koch
Carl Schulz
Verlobte.

Lübeck, 19. Februar 1911.

Am Sonnabend, abends 10 1/4 Uhr, entschlief sanft nach kurzer, aber schwerer Krankheit unsere liebe Mutter, Großmutter und Schwiegermutter
Catharine Lütgens
geb. Westfäling
im fast vollendeten 67. Lebensjahre. Dieses zeigen an
Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Lütgens.
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 21. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus Marienthal 6, Stodfeldsdorf statt.
Beginn der Trauerfeier 2 Uhr.

Allen Verwandten und Bekannten, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie allen Arbeitern u. dem Transportarbeiter-Verband, meinen herzlichsten Dank.
Frau Plehn, geb. Poch.

Logis für 2 junge Männer.
F. Hartmann, Krähenstr. 12.

Gesucht ein leeres Zimmer für einen älteren Mann, am liebsten in der Nähe der Moislinger Allee. Ang. u. M. N. an die Exp. d. Bl.
8 eleg. faub. Dam.-Mästen-Kostüme billig zu verm. Brocksstr. 20, I.

Mastentostüme

für Damen und Herren in großer Auswahl empfiehlt
H. VITENSE, Johannisstr. 47, I.



Vereinigte
Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. 1.45 Mk.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich
Werberstraße 18
ein **Papierwaren-, Schreib- u. Schulutensilien-Geschäft**
und bitte um gütigen Zuspruch.
Paul Broder.

E. Boy, Königstr. 61. F. 1811.
Marktballst. 46.
Dienstag morgen frische Ostsee-Seringe, 4 Stück 10 Pfg., See-lachs, Notungen billigst.

Achtung Maler!

Mitglieder-Versammlung
am **Mittwoch, 22. Februar,**
abends 8 Uhr.
Tages-Ordnung:
1. Ortstarifamt.
2. Stellungnahme zur Erwerbslosen-Unterstützung.
3. Verschiedenes.
Bücher sind vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung
der **Elektromonteur und
Hilfsmonteur**

am **Mittwoch, 22. Februar**
abends 8 1/2 Uhr präzis
im „**Gewerkschaftshaus**“
Johannisstraße 50-52:
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Delegierten zur Berufskonferenz in Hamburg.
2. Verschiedenes.

Die Brauereiarbeitung.
Zum
Grünkohl-Essen

am **Dienstag, d. 21. Februar**
vormittags von 11 Uhr an
ladet ganz ergebend ein
Joh. Hartmann
„Zum Landhaus“
Fackenburg Allee 28.
Dahelbst auch das so beliebt gewordene 4mal verstellbare Billard.
Außerdem das Brenna der Flamme in Neuengamme.

Trauerfeier halber
bleibt mein Geschäft am **Dienstag, d. 21. Februar**
vormittags 9 1/2-12 Uhr geschlossen.
August Trost & Sohn.

Bekanntmachung.

Den vielen Wünschen unserer verehrten Kundschaft folgend, verkaufen wir
ab **Montag, den 20. Februar, unser Lagerbier in Flaschen an Wiederverkäufer mit 8 1/2 Pfennig die Flasche.**

Wir bitten unsere verehrten Freunde und Gönner durch dieses Entgegenkommen unser junges Unternehmen fernerhin zu unterstützen, auch darauf hinzuwirken, dass der bisherige enorme Flaschenverlust durch rechtzeitige Rückgabe der leeren Flaschen eingeschränkt wird.

Lübeck, den 18. Februar 1911.
Lübecker Vereinsbrauerei
e. G. m. b. H.

Gewerkschaftshaus Lübeck
Johannisstraße 50-52.
Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.
V. bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12-2 Uhr.

Epur
Für die Wäsche das Beste!
3/4 Pfund 60 Pfg
1/2 Pfund 30 Pfg
Unbedingt das einfachste **Waschmittel**
Generalvertreter: Karl Hensel, Hamburg, Gerhofstr. 32.

Ausnahmepreis für unsere Leser!



Kapt. Marryats Werke.
Neue illustrierte Pracht-Ausgabe.
Aus dem Inhalt heben wir nur einiges hervor: Jacob Ehrlich Peter Sempel. — Der Pirat. — Das Gespensterschiff. — Drei Kutter Wildlieb.
Reichhaltiger, hochinteressanter Inhalt.
2 elegante Pracht-Bände, großes Format.
Beide Bände zu dem billigen Preise von
nur Mark 3.—



Charles Dickens
Auswahl seiner besten Schriften in einer illust. Pracht-Ausgabe.
Reichhaltiger, hochinteressanter Inhalt.
2 elegante Pracht-Bände, großes Format.
Beide Bände eleg. geb. zu dem billigen Preise von
nur Mark 3.—

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.,**
Johannisstraße 46.

Von **Friedr. Gerstäckers**
gesammelten Werken
empfehlen wir allen Lesern einer guten Unterhaltungslektüre nachbenannte Romane und Erzählungen
:: ::
Im Busch. Regulatoren in Arkansas. Streif- und Jagdzüge in Nordamerika. Gold, kalifornische Erzählung. Im Eckenfenster. General Franco. Unter dem Aequator. Die Kolonie, brasilianisches Lebensbild. Der Kunstreiter. Flußpiraten des Mississippi. Aus zwei Weltteilen u. a. m.
Sämtliche Bände sind schön gebunden und illustriert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.
Friedr. Meyer & Comp.
Johannisstraße 46.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
G. G. m. b. H.

General-Versammlung
Dienstag, 28. Februar 1911
abends 8 1/2 Uhr,
im „**Gewerkschaftshaus**“
Johannisstraße 50-52 (gr. Saal).
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Beratung des Antrages auf Änderung des Gesamtstatuts.
Eintritt nur gegen Legitimation.
Für die Frauen der Mitglieder, soweit sie nicht Mitglied sind, ist die Galerie reserviert.
Interessenten können in allen Warenabgabestellen einen Statutenentwurf entgegennehmen.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der **Aufsichtsrat**
des Konf.-Vereins f. Lübeck u. Umg.
G. G. m. b. H.
Robert Waldburger, Vorsitzender.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Mitgliedschaft Lübeck.

Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung
am **Dienstag, d. 21. Februar**
abends 8 1/2 Uhr
im „**Gewerkschaftshaus**“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Die Schirmmacher und ihre dunklen Pläne. Referent Kollege Paul Müller-Berlin, Mitglied des Zentralvorstandes.
3. Maffeterfonds.
4. Unsere gegenwärtigen Lohnbewegungen.
5. Innere Verbandsangelegenheiten. Kollegen, erscheint zahlreich.
Der Vorstand.

Metropol-Theater.
Breitstraße.
Heute: Abgründe.
Das große Sensations-Drama.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, d. 22. Februar 1911
abends 8 Uhr,
in der **Stadthalle:**
20. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Fr. Wunderlich (Flöte).

Opern- und Operetten-Abend.
Zur Aufführung kommen u. a.:
Fantasie aus Bajazzo. Fledermaus-Ouverture. Polpourri aus Bettelstudent.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Hansa-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
All Abroad Comp.
Das Loch im Strumpf.
Der Detektiv.
Bis hierher u. nicht weiter.
Disziplinar-Arrest.
Vorverkauf bei Sager.
Voraußkarten wochent. gültig.

Neues Stadttheater.
Dienstag, 21. Febr. 7 1/2 Uhr
Margarete (Faust).
Große Oper von Ch. Gounod.
Mittwoch, 22. Febr. Abds. 8 Uhr.
Bei kleinen Preisen!
Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.